

## Jahresbericht 2024

### Verwaltungsbesuche der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Im Zeitraum zwischen Ende April bis Ende Mai 2025 haben die GPK-Mitglieder (Direktionsreferent:innen in Zweierdelegationen) die einzelnen Direktionen besucht. Vorgängig hat die GPK die Schwerpunktthemen dieser Gespräche festgelegt und zusätzlich zwei Themen definiert, welche in allen Direktionen behandelt wurden (Querschnittthemen). Im Rahmen der diesjährigen Besuche wurde den GPK-Direktionsreferent:innen durch die jeweilige Direktion ausserdem eine gut gemeisterte Herausforderung im Berichtsjahr präsentiert.

Die nachfolgenden Berichte fassen die Ergebnisse der Gespräche zusammen und enthalten einen Befund über den Eindruck der GPK-Mitglieder und eine Rückmeldung an das Parlament.

#### Inhalt

Zusammenfassung Direktion Präsidiales und Finanzen .....	2
Zusammenfassung Direktion Bildung und Soziales .....	6
Zusammenfassung Direktion Planung und Verkehr, Abteilung Verkehr & Unterhalt.....	12
Zusammenfassung Direktion Planung und Verkehr, Abteilung Planung & Bauinspektorat.....	17
Zusammenfassung Direktion Sicherheit und Liegenschaften .....	20
Zusammenfassung Direktion Umwelt und Betriebe .....	27

Die Geschäftsprüfungskommission: 5. Juni 2025

## Zusammenfassung Direktion Präsidiales und Finanzen

<b>Schwerpunktthemen</b>	1. 102.5 Kommunikation <ul style="list-style-type: none"> <li>Kommunikationskanäle, Aufteilung zentrale Information, Plakatierung</li> </ul>
	2. 102.4 Personaldienstleistungen <ul style="list-style-type: none"> <li>Stellen, Fluktuation, neues Personalreglement</li> </ul>
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements
<b>Direktionsreferent:in</b>	Toni Eder, Kathrin Gilgen

Schwerpunktthema 1
<p><b>Kommunikation – Kommunikationskanäle, Aufteilung zentrale Information, Plakatierung</b></p> <p><i>Übersicht über die wichtigsten Kanäle</i></p> <p>Die Website ist der zentrale Informationskanal. Sie umfasst 650 Webseiten und hatte 2024 über 374 000 Besuche. Auch die App hat sich als zusätzlicher Kommunikationskanal etabliert: Sie hat im letzten Jahr nochmals an Besucher:innen zugelegt: 186'000 Besuche (+34 Prozent). Besonders beliebt sind nützliche Informationen für den Alltag: Abfallkalender, Stadtmelder und Vereinsverzeichnis.</p> <p>Innerorts: Das gedruckte Magazin ist zwar aufwändig; nach Einschätzung der Fachstelle Kommunikation lohnt sich der Aufwand, da im Innerorts Angebote und Dienstleistungen der Gemeinde dargelegt werden können und sich Köniz gemäss den strategischen Zielen positionieren kann.</p> <p><i>Welche Kanäle funktionieren schlecht? Aufwand und Ertrag nicht ausgewogen?</i></p> <p>Einzig Twitter/X funktioniert schlecht; und hat fast keine Reichweite.</p> <p>Bezüglich Social Media macht sich die Gemeinde folgende Überlegungen: Das Kommunikationsverhalten der Menschen verändert sich. Social Media gehören heute dazu, wenn die Gemeinde mit der Bevölkerung in Kontakt und im Austausch bleiben will. Eine Studie zur Social-Media-Nutzung von Schweizer Gemeinden hat gezeigt, dass ein Drittel aller Gemeinden Social Media nutzen. Sehr aktiv sind zum Beispiel Biel und Thun. Gemäss Aussagen aus Biel kommt diese Kommunikation gut an, aber sie braucht auch Ressourcen. Für eine gute Bewirtschaftung (inkl. Video) sämtlicher Kanäle bräuchte gemäss Aussagen der Gemeinde eine zusätzliche Vollzeitstelle. Die Inhalte für die Social Media Beiträge werden bei den Abteilungen eingeholt. Verantwortlich für den Inhalt sind die Direktionsvorstehenden.</p> <p><i>Wie ist die Aufteilung Abteilungen – zentrale Information?</i></p> <p>Die Fachstelle Kommunikation nimmt Querschnittsaufgaben wie Planen und Umsetzen der Kommunikation, Beratung und Unterstützung (Issue Management, Medienarbeit der DV) wahr. Bei grösseren Geschäften bestimmt der Gemeinderat, ob und wie kommuniziert wird (Medienmitteilungen, Mitwirkungen auf Impuls Köniz usw.). Die Fachstelle Kommunikation hat ein grosses Interesse daran, dass die Kommunikation über sie läuft. Damit können Standards und das Einhalten der Vorgaben (z. B. CD/CI, Sprachleitfaden, attraktiv und verständlich texten u. ä.) sichergestellt werden. Bei der Website äussern die Abteilungen häufig den Wunsch, dass sie diese selbst bewirtschaften</p>

können. Die Fachstelle Kommunikation findet das nicht sinnvoll, weil damit etliche Vorteile verloren gehen könnten: Gute Auffindbarkeit bei der Google-Suche, Design, Layout, Benutzerfreundlichkeit usw.

Die Vertreter der GPK teilen diese Einschätzung.

Neu haben die Direktionen eine direkte Ansprechpartnerin, also eine Art Businesspartnerin (analog den HR-Berater:innen).

*Wie viele Ressourcen braucht die Kommunikation?*

Aktuell hat die Fachstelle Kommunikation 310 Stellenprozente verteilt auf vier Mitarbeiterinnen, was aus Sicht der Verwaltung im Vergleich zu anderen Städten wenig ist. Sollte der Bereich Social Media ausgebaut werden, müssten die Ressourcen aufgestockt werden.

*Plakatierung: Ist das auch bei der zentralen Kommunikation angesiedelt?*

Nein.

## Schwerpunktthema 2

### **Personaldienstleistungen – Stellen, Fluktuation, neues Personalreglement Personalabteilung (PA)**

*Wie viele zusätzliche Stellen wurden 2024 geschaffen? Wo und warum?*

Die Verwaltung zeigt im Detail auf, welche Verwaltungseinheit aus welchem Grund welche Stellen erhalten hat.

Kurz zusammengefasst:

Zusätzliche Stelle Kommunikation, zusätzliche Stelle Personal (Projekt DigiP), geschützter Arbeitsplatz (befristet), zusätzliche Stelle öffentliche Beleuchtung, zusätzliche Stellen wegen Fallzunahme Kinder- und Erwachsenenschutz / Fallübernahmen Stadt Bern (befristet), zusätzliche Stelle Stv. Abteilungsleiterin BSS), zusätzliche Stellen Kinder- und Jugendarbeit, zusätzliche Stelle Alter, Jugend und Integration, zusätzliche Stellen besondere Volksschule Köniz (finanziert vom Kanton), zusätzliche Stellen Einwohnerdienste (gemäss Arbeitsplatzbewertung), zusätzliche Stellen Immobilien (Buchhaltung /Projektleitung), zusätzliche Stellen Stv. Abteilungsleiter Umwelt und Landschaft (Nachfolgeplanung), Projektleiter Landschaft / Abfallbewirtschaftung (befristet), Aufstockung Stelle Informatik / Digitalisierung.

Gesamttotal	+ 23.70
Bestand 2023	479.70
Bestand 2024	503.40

Die Aussagen und Begründungen sind für die Vertreter der GPK nachvollziehbar.

*Wer kontrolliert die Vergabe von Aufträgen an Dritte?*

Die Verantwortung für die Vergabe von Aufträgen obliegt den Abteilungsleitern und in letzter Instanz dem Gemeinderat.

*Gibt es offene Stellen? Wenn ja, wie viele?*

Am 5. Mai 2025 waren im Stellenportal der Gemeinde Köniz insgesamt 12 Stellen ausgeschrieben. In den vergangenen Jahren lag die Höchstzahl offener Stellen bei 25. Derzeit sind die verfügbaren Positionen über alle Bereiche hinweg gleichmässig verteilt. Die Personalabteilung freut sich über einen Anstieg der eingehenden Bewerbungen. Es ist jedoch schwer abzuschätzen, inwieweit dieser

Anstieg auf die verbesserte Aussenwahrnehmung der Gemeinde Köniz als Arbeitgeberin zurückzuführen ist. In den Rekrutierungsgespräche erhält die Personalabteilung jedoch zunehmend positives Feedback von den Bewerberinnen und Bewerbern.

*Gab es Stellen, die lange nicht besetzt werden konnten? Warum?*

Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor eine erhebliche Herausforderung bei der Rekrutierung dar. Einige Stellen, die nach der Ausschreibung nicht besetzt werden konnten, mussten mithilfe externer Unterstützung rekrutiert werden. Durch erhöhten Aufwand und verschiedene zusätzliche Massnahmen sind nur noch wenige Positionen übriggeblieben, die längere Zeit unbesetzt waren -z.B. Gemeindebetriebe. Dieser Bereich konnte aber nach der Neuorganisation wieder stabilisiert werden. Besonders in den Bereichen Immobilien, Planungsabteilung und Bauinspektorat ist der Fachkräftemangel ausgeprägt, was dazu geführt hat, dass hier einzelne Stellen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt werden konnten.

*Fluktuation ganze Gemeinde? Beurteilung und Gründe?*

#### Fluktuationsraten

	2023 n=723		2024 m=752	
	Total	Anteil	Total	Anteil
Kündigungen durch Mitarbeitende	72	10,0%	70	9,3%
Entlassungen/Stellenaufhebungen	2	0,3%	4	0,5%
Auflösungen in gegenseitigem Einvernehmen	1	0,1%	3	0,4%
Pensionierungen/IV-Rentner	14	1,9%	16	2,1%
Todesfälle	1	0,1%	0	0%
Total Fluktuation	90	12,4%	93	12,3%
Natürliche Fluktuation (Pensionierungen/Todesfälle)	15	2,1%	16	2,1%
<b>Total bereinigte Fluktuation</b>	<b>75</b>	<b>10,3%</b>	<b>77</b>	<b>10,2%</b>

Die Fluktuation bleibt erfreulicherweise auf einem stabil niedrigen Niveau. Der Ergebnisbericht der Mitarbeitendenbefragung 2023 zeigt, dass die Mehrheit der Mitarbeitenden die Gemeinde Köniz als attraktive Arbeitgeberin wahrnimmt. Diese positive Wahrnehmung trägt sicherlich dazu bei, die Fluktuation niedrig zu halten.

#### Weiteres Thema

##### Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion Präsidiales und Finanzen

Die Fachstelle KOP zeigt den Prozess für einen neuen Vertrag betreffend die Schulanlage Stucki in Thörishaus auf:

Schulvertrag mit der Gemeinde Neuenegg durch die Fachstelle KOP:

Der Schulvertrag mit der Gemeinde Neuenegg wurde seitens Köniz im Jahr 2019 per Schulbeginn 2024 gekündigt. Die zentrale offene Frage drehte sich um die Art der Beteiligung der Gemeinde Köniz an der Schulanlage Stucki in Thörishaus. Diesbezüglich war der Schulvertrag widersprüchlich formuliert. Aus der Kündigung leitete die Gemeinde Köniz im Jahr 2019 einen Anspruch auf die Hälfte des Realwertes der Schulanlage Stucki ab. Dieser wurde seitens Köniz zwischen vier und sechs Millionen Franken beziffert. Die Gespräche zwischen den Gemeinden stockten und gipfelten in der Kündigung des Schulvertrags, so dass der Schulbesuch im Schulhaus Stucki von Könizer Kindern aus Thörishaus ab Schulbeginn 2024 in Frage gestellt werden musste. Im November 2023 beauftragte der Gemeinderat die Gemeindepräsidentin damit, zusammen mit ihrer ebenfalls neu im Amt stehenden Kollegin Marlise Gerteis aus Neuenegg eine Lösung aus der scheinbar ausweglosen Situation zu finden. Die Fachstelle KOP wurde mit der Unterstützung in diesem Geschäft beauftragt.

Unter der Prämisse, dass für alle Schüler- und Schülerinnen des zweigeteilten Dorfes Thörishaus gleichsam bedarfsgerecht Leistungen erbracht und finanziert werden sollen, wurde in einem ersten

Schritt dafür gesorgt, dass der vertragslose Zustand abgewendet werden konnte. In einem zweiten Schritt wurde an der Neuformulierung des Schulvertrags gearbeitet.

Dabei wurde auch die strittige Eigentumsfrage geklärt. Recherchen ergaben, dass sich die Gemeinde Köniz nie an den Landerwerbskosten für die Schulanlage Stucki beteiligt hatte. Sie zeigten auch, dass sich die Gemeinde Köniz bloss an den Investitionsfolgekosten (Abschreibungen) und nicht an den Investitionen der Schulanlage Stucki beteiligt hatte. Konsequenterweise findet sich die Schulanlage Stucki auch nicht in der Bilanz der Gemeinde Köniz. Gestützt auf diese Erkenntnisse konnte die Gemeinde Köniz auf die Forderung nach einem im Grundbuch eingetragenen Miteigentum verzichten. Diese Forderung war zentraler Punkt des jahrelangen Streits.

Neben der Eigentumsfrage standen der Katalog der mitfinanzierten Leistungen sowie die Art und Weise der Abwicklung und deren Mitfinanzierung zur Diskussion. Man einigte sich auf eine Lösung mit Pauschalen. Diese stützen sich auf die Ansätze der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD). Leistungen, welche die Pauschalen der BKD nicht erfassen (Tagesschule, Schulsozialarbeit, Ferienbetreuung, Schülertransporte etc. sowie Infrastrukturkosten, welche nicht unmittelbar dem Schulbetrieb dienen (z.B. ligataugliche Fussballplätze), werden zusätzlich pauschal abgegolten.

Der Systemwechsel erweist sich für beide Gemeinden als kostenneutral. Der von Köniz an Neuenegg zu leistende Betrag hängt nun stärker von der Anzahl Schülerinnen und Schüler aus Köniz ab.

Die Vertreter der GPK nahmen die Ausführungen zur Kenntnis. Sie anerkennen die gute Leistung. Es gelang damit, die lange Geschichte sorgfältig aufzubereiten, um so eine tragfähige und zukunfts-taugliche Lösung für beide Gemeinden zu erhalten.

Die Vertreter der GPK stellten noch zusätzlich die Frage, ob die Fachstelle KOP mehr Ressourcen bräuchte.

Die Gemeindepräsidentin führt aus, dass die Ressourcen-Frage zusammen mit dem neuen Gemeinderat geklärt werden müsste. Köniz entwickelt sich stetig weiter und komplexe Grossprojekte nehmen zu. Dabei ist die KOP nicht zwingend im Lead, aber hat oft unterschiedlichste Aufgaben wahrzunehmen. In der Vergangenheit wurden häufig externe Mandate vergeben. Das habe den Nachteil, dass Know-How nach dem Mandat abfließt und es trotzdem während des Projektes interne Betreuung und damit Ressourcen braucht.

Die Vertreter der GPK teilen die Einschätzung der Gemeindepräsidentin.

#### **Querschnittsthemen**

Das Klimaschutzreglement hat keine direkten Auswirkungen auf die DPF.

#### **Befund**

##### **Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung**

Der Verwaltungsbesuch war konstruktiv und offen. Die im Voraus gestellten Fragen wurden in der Besprechung beantwortet. Wir haben den Eindruck erhalten, dass die Präsidentin und die Verwaltungsmitarbeitenden sich dafür einsetzen, dass für die Gemeinde Köniz Mehrwerte geschaffen werden können. Sie haben einen starken Gestaltungswillen und ein sehr hohes Engagement.

##### **Rückmeldung an das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)**

Die GPK-Delegation hat keine Anhaltspunkte für Verfehlungen oder Missstände gefunden. Der Einsatz der Präsidentin und der Mitarbeitenden ist sehr gross und verdient Anerkennung. Wir erhielten den Eindruck, dass die Fachbereiche sehr kompetent sind.

## Zusammenfassung Direktion Bildung und Soziales

<b>Schwerpunktthemen</b>	1. 111 Kindes- und Erwachsenenschutz 111.2 Mandatsführung
	2. 115 Volksschulen 115.3 Schulsozialarbeit 115.6 Verwaltungsleistungen zuhanden der Schulen
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements Fachstelle KOP
<b>Direktionsreferentinnen</b>	Janka Hamm, Stv. Monika Röthlisberger

Schwerpunktthema 1
<p><b>Kindes- und Erwachsenenschutz, Mandatsführung (111.2):</b></p> <p><b>Entwicklung Fallzahlen, Unterstützung der Stadt Bern, Auswirkungen (langfristig und kurzfristig), Personalsituation</b></p> <p>Der Kindes- und Erwachsenenschutz und die Sozialhilfe sind seit vielen Jahren organisatorisch getrennt. Die nun abgeschlossene Aufteilung des Kindes- und des Erwachsenenschutzes führt, nebst der fachlichen Spezialisierung zusätzlich dazu, dass die Gemeinde Köniz innerhalb der Abteilung Soziales einen sehr guten Überblick über die Kostenstruktur hat.</p> <p>Die Zunahme der Mandate im Kindes- und Erwachsenenschutz bewegte sich im 2024 grundsätzlich im erwarteten Rahmen. Die Gruppe Mandatsführung Erwachsenenschutz übernahm im 2024 80 Fälle für die Stadt Bern.</p> <p><u>Kindesschutz:</u></p> <p>Per 31.12.2023 führte die Gruppe Mandatsführung 321 Kindesschutzmandate; per 31.12.2024 deren 362. Dies entspricht einem Plus von 41 Mandaten oder 13%.</p> <p><u>Erwachsenenschutz:</u></p> <p>Per 31.12.2023 führte die Gruppe Mandatsführung 381 Erwachsenenschutzmandate, per 31.12.2024 deren 460. Dies entspricht einem Plus von 79 Mandaten oder 20%. Per 31.12.2024 wurden noch 66 Mandate für die Stadt Bern geführt (14 Mandate wurden im Verlauf des Jahres aufgrund Versterbens oder Wegzugs des Klienten resp. der Klientin bereits wieder aufgehoben). Der Anstieg ohne die Fälle der Stadt Bern, wäre im 2024 somit bei 13 Mandate gelegen.</p> <p>Die Anzahl Fälle steigt von Jahr zu Jahr. Die Fallzunahme im Kindes- und Erwachsenenschutz folgt der demografischen Entwicklung. Dieser Trend zum Fallanstieg besteht generell, nicht nur in der Gemeinde Köniz. Die Fallzunahme bewirkt auch einen Anstieg der Stellenprozente im entsprechenden Team.</p> <p>Die Übernahme von ursprünglich 80 Fällen durch die Gruppe Mandatsführung Erwachsenenschutz für die Stadt Bern war aussergewöhnlich. Die Stadt Bern war aufgrund von IT-Problemen und damit zusammenhängenden Kündigungen stark überlastet. Die Anfrage der Stadt Bern für Unterstützung durch die Gemeinde Köniz, erfolgte im Dezember 2023. Die Thematik wurde vom Direktionsvorsteher einerseits mit dem Gemeinderat, aber auch mit dem betroffenen Team diskutiert. Hätte die Fallübernahme in der Gemeinde Köniz zu einer Überlastung geführt, wäre das Problem der Stadt Bern nur</p>

verschoben statt gelöst worden, was nicht zielführend gewesen wäre. Da die Akzeptanz bei den Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz aber vorhanden war, und die zusätzlich notwendigen Stellen besetzt werden konnten, wurde der Stadt Bern die angeforderte Unterstützung geboten.

Die ersten 6-9 Monate einer Beistandschaft sind besonders arbeitsintensiv, da die Mandate in dieser Phase mit erhöhtem Aufwand verbunden sind. In dieser Zeit muss ein Inventar gemacht werden, und es muss eine Übersicht über die gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Situation der betreffenden Person gewonnen werden. Gewisse gewichtige Themen kommen erst etwas später zur Sprache, wenn ein vertrauensvolles Verhältnis zur Person besteht.

Da die Übernahme der Fälle der Stadt Bern unmittelbar erfolgte, wurden diese zunächst auf das Team aufgeteilt. Die Anstellung der neu beschäftigten Fachperson verzögerte sich um drei Monate. Diese Person konnte auch nicht ausschliesslich mit Neuaufnahmen konfrontiert werden; im weiteren Verlauf wurden ihr dann aber alle neuen Fälle übertragen. Die letzten Übertragungen erfolgen gerade aktuell. Der Einsatz war gross, das Team ist stolz darauf, diesen Einsatz bewältigt zu haben.

Die zusätzlich geschaffene Stelle kann auch in Zukunft ausgelastet werden. Es ist davon auszugehen, dass der Mehraufwand der Gemeinde Köniz für diesen Sondereinsatz für die Stadt Bern ab Juni/Juli 2025 wegfallen wird. Die Anzahl der Mandate, die während des Jahres beendet werden deckt sich voraussichtlich oder ist sogar kleiner als die Anzahl neu zu eröffnenden Mandaten.

Die Abteilung Soziales rechnet mit einem Schlüssel von 74 Mandate auf ein 100%-Pensum. Sobald diese Zahl überschritten wird, erfolgt ein Stellenantrag an den Gemeinderat. Dieser Prozess ist mit dem Gemeinderat abgesprochen, die Stellenanträge wurden in den letzten Jahren stets bewilligt. Dies führte zu Planungssicherheit.

Der Kanton entschädigt die Aufwendungen der Gemeinden grundsätzlich durch Fallpauschalen. Die DBS musste diesen Anspruch jedoch gerichtlich einfordern, weil die Entschädigung deutlich tiefer ausfiel, als die ihr entstandenen Kosten. Es war ein langer Prozess, der aber schliesslich für die Gemeinde Köniz für die Jahre 2013 bis 2016 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Seither finanziert der Kanton ca. 2/3 der Kosten aus dem Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz.

Die kantonale Abgeltung fliesst zeitverzögert. So wird die Entschädigung für das Jahre 2025 aufgrund der geführten Mandate der Jahre 2023 und 2024 ermittelt. Durch eine vorausschauende Planung der Abteilungsleitung können allfällige personelle «Lücken» jedoch zeitgerecht geschlossen werden.

## **Schwerpunktthema 2**

### **Volksschule, Schulsozialarbeit**

#### **Entwicklung Fallzahlen, Gründe für Anstieg, Monitoring (115.3)**

In den letzten Jahren ist ein kontinuierlicher Anstieg der Fallzahlen zu beobachten – dieser liegt seit einiger Zeit bei rund 10 % pro Jahr. Im Berichtsjahr betrug der Fallanstieg sogar 13.4 %.

An einzelnen Schulen haben sich in der Vergangenheit die Fälle mangels personeller Ressourcen angehäuft. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mussten Prioritäten setzen und die Fälle mit Kindsgefährdung (z.B. Verdacht auf häusliche Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Vernachlässigung, psychische Gewalt oder elterliche Suchtproblematik) vorziehen. Dies bedeutete aber auch, dass Kinder mit etwas weniger gravierenden Problemen teilweise längere Zeit auf den Zugang zur Schulsozialarbeit warten mussten.

Der Gemeinderat hat deshalb im Jahr 2024 drei befristete 50%-Stellen in den Schulen Spiegel, Schliern und Hessgut als Überbrückungsmassnahme bewilligt. Dadurch konnten auch die zurückgestellten Fälle abgearbeitet werden. Gleichzeitig bleibt wieder Zeit, um weniger prioritäre Fälle zeitnah anzugehen. Der Grund für die erhöhte Fallzahl im 2024 ist demnach nicht auf einen Anstieg von Problemen zurück zu führen. Durch die befristete Erhöhung der Stellenprozente konnten mehr Fälle bearbeitet werden.

Die 150 Stellenprozente dienen als Überbrückungsmassnahme. Die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) analysiert die Situation zurzeit auf strategischer Ebene, um die Situation nachhaltig zu verbessern (Projekt Weiterentwicklung Schulsozialarbeit).

Ein weiterer möglicher Einflussfaktor für den Fallanstieg im 2024 ist die zunehmend angespannte Situation aufgrund des Mangels an gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Der Anteil an unerfahrenem oder nicht vollständig ausgebildetem Personal ist gestiegen. Dies kann sich negativ auf das Klassenklima auswirken. Es zeigt sich, dass unerfahrene Lehrpersonen die Schulsozialarbeit tendenziell früher und häufiger beiziehen, etwa bei herausforderndem Sozialverhalten oder Konfliktsituationen.

Hinzu kommt, dass Schülerinnen und Schüler heute vermehrt abgeklärt werden und eine Diagnose erhalten. Die DBS gibt zu bedenken, dass dadurch die integrative Schule an ihre Grenzen stösst.

Die fachliche Einschätzung der Schulsozialarbeit dient der Schulleitung als Grundlage für eine allfällige Meldung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden regelmässig geschult. Bei Unsicherheiten wird ihnen empfohlen, rasch und frühzeitig mit der Fachstelle Abklärung der Abteilung Soziales Kontakt aufzunehmen. Früher wurde teilweise zu lange mit einer Kontaktaufnahme zugewartet. Die Prozesse der beiden Abteilungen waren zu wenig aufeinander abgestimmt, auch die Kriterien sind unterschiedlich bewertet worden. Nach der Anpassung der methodischen Einheitlichkeit ist die Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen der DBS nun sehr gut eingespielt.

#### **Volksschule, Verwaltungsleistungen zuhanden der Schulen (115.6)**

##### **Projektmanaging: Koordination, Priorisierung, Planung, externe Unterstützung, Kosten**

In der Abteilung BSS sind zurzeit mehrere Projekte gleichzeitig lanciert. Folgende Entwicklungsprojekte zur Volksschule sind gegenwärtig am Laufen (nicht abschliessende Aufzählung):

- Änderung Bildungssteuerung / Bildungsreglement
- Analyse Tagesschulen Köniz
- Strategische Bildungsraumplanung
- Schulisches Medien- und Informatikkonzept (SMI)
- Überarbeitung Konzept Schulsozialarbeit (SSA)
- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Die Anpassung der Könizer Bildungsteuerung ist das strategisch übergeordnete Projekt. Sie beeinflusst oder bedingt mittelbar praktisch alle weiteren Projekte (Ausnahme: BNE-Konzept), weshalb diese parallel vorangetrieben werden müssen. Auch Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten müssen grundsätzlich neu durchdacht und geregelt werden. Dadurch wird eine professionelle Umsetzung innerhalb der Abteilung BSS ermöglicht. Die Abteilung BSS hat zum Ziel, die Reform der Bildungssteuerung noch in dieser Legislatur abzuschliessen.

Für jedes Projekt besteht eine definierte Projektorganisation. Die Projekte werden durch folgende externe Mandate unterstützt:

<b>Projekt</b>	<b>Externe Fachstelle</b>	<b>Kosten (ca.)</b>
Bildungssteuerung	Markus Heinzer	CHF 40'000.–
Tagesschulen: IST-Analyse	PH Bern	CHF 20'000.–
Bildungsraumplanung	Basler & Hofmann	CHF 150'000.–
SMI-Konzept: IST-Analyse	PH Bern	CHF 25'000.–
SSA: Überarbeitung Konzept / Analyse	BFH	CHF 20'000.–
BNE: Konzeptarbeit	S. Margraf	CHF 5'000.–



Insgesamt betragen die Kosten für die externe Unterstützung CHF 260'000. Bei einem Gesamtprojektvolumen von CHF 45 Mio. machen die externen Kosten damit einen Anteil von ca. 0.58 % aus.

Projektauftraggeber ist – mit Ausnahme des BNE-Konzepts, welches in der Kompetenz der Abteilungsleitung liegt – der Gemeinderat. Die Abteilungsleitung wirkt in allen Projekten jeweils mindestens in strategisch steuernder Funktion mit. Sie koordiniert und stimmt die einzelnen Ergebnisse aufeinander ab.

Der seit längerem in der Abteilung BSS bestehende Ressourcenbedarf wurde im Rahmen eines vom Gemeinderat begleiteten Stabilisierungsprozesses von einem spezialisierten Beratungsbüro analysiert und bestätigt. Im Anschluss daran hat der Gemeinderat die zusätzlich benötigten personelle Ressourcen bewilligt. Diese gezielten Verstärkungen – unter anderem in den Bereichen Digitalisierung in der Bildung und auf Stufe Abteilungsleitung – haben bereits strukturelle Anpassungen in der Abteilung BSS ausgelöst, die sich positiv auswirken. Sie tragen dazu bei, die Abteilung schrittweise auf kommende Veränderungen vorzubereiten.

Die zusätzlichen personellen Ressourcen entlasten den Abteilungsleiter spürbar. Einige Projekte können dadurch delegiert und auf andere Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt werden.

Auch die Stelle im Bereich Digitalisierung war dringend notwendig, um das bis anhin fehlende Know-how an der Schnittstelle zwischen Bildung und Digitalisierung in der Abteilung BSS aufzubauen.

#### Weiteres Thema

##### **Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion**

###### Projekt Analyse Tagesschulen Köniz

Für die IST-Analyse im Bereich der Tagesschulen wurde die Abteilung BSS von einer auf das Thema Tagesschulen spezialisierten Fachperson der PH Bern unterstützt. In die Analyse mit einbezogen wurden alle Themen, die die Tagesschule betreffen, wie zum Beispiel die Raumbedürfnisse, die notwendige Infrastruktur oder die Anzahl Schülerinnen und Schüler.

Die Analyse wurde in Bezug auf alle Könizer Schulen durchgeführt, ausgeklammert wurde dabei die Ganztageschule Wabern (eigene Struktur) sowie die beiden Tagesschulen an den "reinen" Oberstufen Steinhölzli und OZK, die faktisch nur einen Mittagstisch führen.

Auch die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen müssen neu definiert werden. Die heutige Situation zeigt ein uneinheitliches Bild und führt zu Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen der Schulleitung und der zuständigen Fachstelle, welche aktuell beide Leitungsaufgaben wahrnehmen.

Nach Erstellen der Grundlagen wurde eine Konferenz mit allen betroffenen Stellen und Personen durchgeführt, um die Analyse vorzustellen und zu besprechen. Im Nachgang dazu wurden die relevanten Rückmeldungen aus der Konferenz in die Dokumentation eingearbeitet.

Gestützt auf diese fundierte Basis wird nun der Projektauftrag erarbeitet, welcher zu gegebener Zeit als Teil der Reform der Bildungssteuerung umgesetzt werden soll.

#### Querschnittsthemen

##### **Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements und des zugehörigen Massnahmenpakets auf die Direktion**

Die Abteilung Soziales ist vom Klimaschutzreglement und dem zugehörigen Massnahmenpaket kaum betroffen. Der Dienstzweig Kindes- und Erwachsenenschutz hat eine papierlose Dokumentenablage und verschickt Dokumente elektronisch, was viel weniger Papier verbraucht als früher. Die Beweggründe dafür waren allerdings in erster Linie die effiziente Arbeitsweise und der Datenschutz.

In Bezug auf Sozialwohnungen besteht kaum Spielraum. Wieviel die Gemeinde an den Mietzins bezahlt, ist rechtlich festgelegt. Deshalb ist das Hauptkriterium bei der Auswahl einer Wohnung der günstige Mietzins. Der Standard dieser Wohnungen ist im Normalfall relativ tief, energetisch sanierte Wohnungen fallen nicht darunter. Die Bezahlung eines Fahrzeugs erfolgt äusserst zurückhaltend. Wo immer möglich wird darauf verzichtet. Wenn ein Fahrzeug jedoch z.B. zur Ausübung der Arbeit notwendig ist, werden die Kosten übernommen. Auch dieser Entscheid ist jedoch kostengetrieben und wird nicht aus Klimaschutzgründen gefällt.

Die Büros der Abteilung Soziales befinden sich an der Sägestrasse. Dort existiert ein grosser Parkplatz für Mitarbeitende und Besucher. Die Parkplätze sind sehr begehrt. Ob die Mitarbeitenden per Auto, Velo oder öffentlichem Verkehr zur Arbeit kommen, wird nicht thematisiert. In diesen Entscheid will sich der Direktionsvorsteher bewusst nicht einmischen. Gewisse Mitarbeitende sind auch auf das Auto angewiesen, so z.B. Beiständinnen und Beistände, die zu Hausbesuchen fahren. Zudem fragen bei Einstellungsgesprächen die Bewerberinnen und Bewerber oft nach dem Vorhandensein eines Parkplatzes, was aufzeigt, dass dieses Thema eine Rolle beim Rekrutierungsprozess spielt.

Die Abteilung BSS ist in verschiedenen Themenbereichen vom Klimaschutzreglement betroffen:

- Das Heizen von Schulhäusern während den Wochenenden oder Ferien wird auf ein Minimum reduziert. In der Vergangenheit gab es jedoch immer wieder Anfragen von Schulleitenden oder Lehrpersonen, während den Ferien die Heizung hochzufahren, damit einzelne Zimmer als Arbeitsplätze genutzt werden können. Diesen Forderungen kommt die Abteilung BSS nur teilweise nach. Die Information, Sensibilisierung und Weiterbildung der Hauswartinnen und Hauswarte von gemeindeeigenen Gebäuden ist ein laufender Prozess.
- Auf eine Zertifizierung der Tagesschulen mit dem Label "Fourchette verte" oder vergleichbaren Gütesiegel verzichtet die Abteilung BSS. Dies hauptsächlich darum, weil die entsprechenden Vorgaben bereits auf freiwilliger Basis eingehalten werden. Sie sind seit Jahren Standard an den Könizer Mittagstischen.
- Bis anhin war keine Könizer Schule bereit, den Prozess für die Auszeichnung zur Energieschule (ein Label von Energiestadt) zu durchlaufen. Dieser ist aufwendig und benötigt Ressourcen. Im Moment sind die Schulen mit anderen Themen ausgelastet, so dass die Bemühungen der Abteilung BSS, die Schulen dazu zu animieren, noch nicht zum Erfolg geführt haben. Man wird das Thema sicherlich auch in Zukunft ansprechen, hat aber keinen grösseren Einfluss darauf, dass der Prozess tatsächlich angegangen wird.

Die Bemühungen im Zusammenhang mit dem Klimaschutzreglement führen in der Abteilung BSS zu Mehraufwand.

### **Fachstelle KOP**

Beide Abteilungen der DBS hatten bereits Berührungspunkte zur Fachstelle KOP. Die Abteilung Soziales jedoch nur in geringem Ausmass, bei der Begehung der Sägestrasse im Zusammenhang mit der Optimierung des Raumkonzepts. Diese Zusammenarbeit wurde positiv wahrgenommen.

Für die Abteilung BSS ist die Fachstelle KOP eine wichtige Partnerin in strategischen Fragestellungen. Die Zusammenarbeit ist geprägt von hoher Professionalität, gegenseitigem Vertrauen und lösungsorientiertem Vorgehen. Die Fachstelle KOP konnte schon mehrfach schwierige Situationen für die Abteilung BSS lösen, so zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Schulvertrag Neuenegg. Sie unterstützt mit Sachverstand und Verhandlungsgeschick und leistet gute «Übersetzungsarbeit» zwischen den verschiedenen Fachbereichen, die nicht immer dieselbe Sprache sprechen. Der Abteilungsleiter kann sich dadurch auf strategisch- inhaltliche Fragen konzentrieren.

Besonders wertvoll ist die Unterstützung durch die Fachstelle KOP in übergreifenden Entwicklungsprozessen mit erhöhter Komplexität. Beispiele dafür sind:

- Die strategische Bildungsraumentwicklung,

- die Weiterentwicklung der Tagesschulen,
- die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit mit Neuenegg, etwa im Rahmen des neuen Schulvertrags.

In all diesen Projekten leistet die Fachstelle KOP durch ihre Expertise in Prozessdesign einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung. Diese Unterstützung wird von Seiten der Abteilung BSS ausdrücklich geschätzt und gewünscht – insbesondere bei interdirektionalen Projekten oder Vorhaben.

#### **Befund**

Die Referentinnen haben einen guten Einblick in die Verwaltungstätigkeit der DBS erhalten. Bedingt durch die jeweiligen Aufgaben sind die beiden Abteilungen sehr unterschiedlich organisiert.

Die Abteilung Soziales steht durch ihren Auftrag vom Kanton etwas isoliert da. Trotzdem und erfreulicherweise funktioniert die Zusammenarbeit mit der Abteilung BSS sehr gut. Durch die Aufteilung der verschiedenen Themenbereiche ist die Abteilung gut strukturiert und spezialisiert. Dies hat Vorteile (vertieftes Fachwissen, Kostenübersicht), kann aber auch nachteilig sein (Wiederholung der Arbeiten, kleinere Teams zur Abfederung von Mehrarbeit). Die Referentinnen hatten jedoch nicht den Eindruck, dass sich die potentiell möglichen Nachteile auswirken. Im Gegenteil: Durch die Übernahme der Fälle für die Stadt Bern hat die Gruppe Mandatsführung Erwachsenenschutz einen Sondereinsatz geleistet, der ohne gut funktionierende Zusammenarbeit innerhalb des Teams kaum möglich gewesen wäre.

Die Abteilung BSS ist bereits aufgrund der vielen Mitarbeitenden gross und verlangt einen klaren Führungsstil. Die verschiedenen Gremien aus dem Schulbereich führen zu einer erhöhten Komplexität, was die Führung noch anspruchsvoller werden lässt. Der Abteilungsleiter wirkt auf die Referentinnen sehr kompetent aber durch den lange anhaltenden Personalmangel zu stark arbeitsbelastet. Zurzeit werden die neu angestellten Personen in ihre Arbeit eingeführt. Es ist zu hoffen, dass die dringend benötigte Entlastung baldmöglichst greift und sich die Situation dadurch entspannt.

Die parallele Projektführung in der Abteilung BSS macht auch aus Sicht der Referentinnen Sinn. Die verschiedenen Projektthemen greifen ineinander und müssen gesamthaft betrachtet werden. Die externe Unterstützung erachten wir auch aufgrund der noch bestehenden personellen Engpässe als notwendig, die dafür aufzuwendenden Kosten sind vertretbar.

Bei der Umsetzung des Klimaschutzreglements sind der Abteilung Soziales durch die kantonalen Vorgaben enge Grenzen gesetzt. Massnahmen sind praktisch nur innerhalb der eigenen Organisation möglich. Durch die teilweise Digitalisierung des Dienstzweigs Kindes- und Erwachsenenschutz wurde (praktisch als Nebeneffekt) auch ein Beitrag an den Klimaschutz geleistet. Hier vermuten die Referentinnen jedoch Potenzial für ein stärkeres Bewusstsein und für Verbesserungen. Die Abteilung BSS hat einige Massnahmen aufgegriffen und setzt diese mit Augenmass um. Sie ist jedoch auf die Zusammenarbeit und das Engagement der Schulen angewiesen, was ihr gewisse Grenzen setzt. Das Ergreifen von allfälligen Massnahmen im Innern der Abteilung erachten wir angesichts der starken Arbeitsbelastung zurzeit als nicht prioritär.

Insgesamt haben die Referentinnen einen guten Eindruck gewonnen. Die Abteilungsleitenden haben wir als sehr engagiert und kompetent wahrgenommen. Die bestehenden Probleme wurden erkannt und inzwischen auch angegangen.

## **Zusammenfassung Direktion Planung und Verkehr, Abteilung Verkehr und Unterhalt**

<b>Schwerpunktthemen</b>	1. 108.1 Unterhalt Strassen und Fusswegnetz
	2. 108.1 Unterhalt Strassen und Fusswegnetz
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements Fachstelle KOP
<b>Direktionsreferentinnen</b>	Monika Röthlisberger, Stv. Toni Eder

<b>Schwerpunktthema 1</b>
<p><b>Unterhalt Strassen und Fusswegnetze: Werterhaltender Strassenunterhalt</b></p> <p>Der werterhaltende Strassenunterhalt umfasst alle Massnahmen zur Bewirtschaftung und Erhaltung der bestehenden Strasseninfrastruktur. Er stellt einen 1:1-Ersatz dar und kann baubewilligungsfrei durchgeführt und vom Gemeinderat als gebundene Ausgabe bewilligt werden (Kosten pro Jahr: CHF 800'000 für fünf bis acht Strassenabschnitte). Ziel des werterhaltenden Strassenunterhalts ist es, die vorgesehene Lebensdauer insbesondere durch Erneuerung der Deckschicht zu gewährleisten. Wird der werterhaltende Strassenunterhalt vernachlässigt, drohen später Mehrkosten. Aktuell sind rund 30% der Könizer Strassen in einem kritischen oder schlechten Zustand. Mit dem aktuellen Unterhaltsbudget wird es möglich sein, diesen Anteil über die nächsten Jahre zu reduzieren. Dadurch dass die Fahrzeuge schwerer werden und stärker beschleunigen können, ist davon auszugehen, dass der Unterhaltsbedarf der Strassen steigt.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li> <p><i>Wie ist der Prozess von der Prüfung, ob eine Strasse saniert werden muss, zum Entscheid, ob es sich um eine werterhaltende Sanierung handelt oder ob eine Um- oder Neugestaltung vorgenommen wird, bis zum Kreditantrag an den GR oder ans Parlament? Welche Arbeitshilfen existieren?</i></p> <p>Der Zustand aller Strassen der Gemeinde werden alle fünf Jahre mit einem Spezialfahrzeug mittels Laser und Kameras ermittelt und analysiert. Auf dieser Grundlage werden die Strassen im Bewirtschaftungssystem LOGO in Zustandsklassen eingeteilt, damit die Unterhaltsarbeiten priorisiert werden können. Anschliessend werden alle Strassen, die als 'kritisch' oder 'schlecht' indiziert sind, gefiltert und es wird abgeklärt, ob noch andere Werke (Trink- /Abwasserversorgung, Stromversorger, Telekommunikationsfirmen, Fernwärmebetreiber) Sanierungsbedarf haben. Dann werden die Strassen vor Ort visuell begutachtet und die Kosten werden berechnet. Anschliessend werden die Projekte in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Mittel priorisiert und dem Gemeinderat werden die nötigen Kreditanträge gestellt. Die Bevölkerung wird vor dem Baustart informiert. Die Arbeiten werden in der Regel in den Sommermonaten ausgeführt und danach wird der Stand in der Bewirtschaftungssoftware aktualisiert.</p> </li> <li> <p><i>Welche Stellen bzw. Organisationen (Quartiervereine) oder Anwohner werden einbezogen?</i></p> <p>Bei werterhaltenden Strassenunterhaltsprojekten werden in der Regel die Anwohner:innen nicht einbezogen. Bei Sanierungsprojekten hingegen können Wünsche der Quartierbevölkerung berücksichtigt werden und da die Kredite meistens durch das Parlament oder die Bevölkerung bewilligt werden müssen, ist ein Einbezug der Bevölkerung per se gegeben. Hat die Gemeinde im Vorfeld bereits Kenntnis von Anliegen der Anwohner, können diese natürlich auch bei Werterhaltungsprojekten berücksichtigt werden, sofern sie keine Baubewilligung benötigen.</p> </li> <li> <p><i>Wie wird entschieden, ob eine Strasse 'nur' werterhaltend unterhalten oder umgestaltet wird?</i></p> <p>Das muss nicht speziell entschieden werden, da es aufgrund des Projektumfangs klar ist: Werterhalt-Projekte sind Instandstellungen der Strasse (Deck- und Tragschicht) ohne Erneuerung von</p> </li> </ol>

<p>Leitungen oder nennenswerte Umgestaltungen. Solche Projekte haben tendenziell abgenommen in letzter Zeit, da meistens zumindest noch die Trink- oder Abwasserleitungen oder andere Werke saniert oder ergänzt werden müssen.</p> <p>4. <i>Welche Anpassungen liegen bei werterhaltendem Unterhalt als Veränderung drin, welche nicht?</i> Kleine Änderungen wie die Entsiegelung von Parkplätzen, die Markierung eines Velostreifens oder das Aufstellen oder Bezeichnen von Querungshilfen sind auch bei werterhaltenden Projekten möglich. Sobald eine Baubewilligung nötig wird, muss das Projekt als Sanierung geführt werden.</p>
<p><b>Schwerpunktthema 2</b></p>
<p><b>Betrieb und öffentliche Beleuchtung: Winterdienst</b></p> <p>1. <i>Wie ist der Winterdienst in Köniz organisiert? Wer ist beteiligt?</i> In Köniz ist der Dienstzweig Unterhalt der AVU für den Winterdienst der über 180 km Könizer Strassen, Wege und Treppen verantwortlich. Das zuständige Team setzt sich aus rund 30 internen Mitarbeitenden und rund 10 externen Dienstleistern, meist ortsansässigen Landwirten zusammen. Die Gemeinde ist darauf angewiesen, dass die Landwirte für den Einsatz ihre Traktoren mitbringen. Die Pflugstreuer werden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Mit den Landwirten bestehen zehnjährige Verträge, die den Einsatz (24/7-Bereitschaft, Einsatz des Fahrzeugs und Nutzung des Pflugstreuers) regeln.</p> <p>2. <i>Welche Aufgaben sind zu erledigen?</i> Im Herbst prüft der Wegmeister gezielt die örtliche Situation und markiert Hindernisse mit Warnpfosten, damit sich die Fahrzeuge im Winter gut orientieren können. Von November bis März ist immer jemand auf Pikett, um die Wettersituation zu beobachten und Meldungen der Blaulichtorganisationen, von Bernmobil, aus der Bevölkerung oder von den drei automatischen Messstationen in der Gemeinde (Niederwangen, Oberscherli, Spiegel) entgegenzunehmen. Aufgrund der Daten und Meldungen wird der Entscheid für einen Einsatz gefällt. Der Winterdienst wird mit Vorteil möglichst vor dem ersten Verkehrsaufkommen des Tages durchgeführt, damit die Fahrzeuge zügig durchkommen und nicht durch den Verkehr behindert werden. Ein Team aus Gemeindemitarbeitenden und externen Dienstleistern (mehrheitlich Landwirten) aus der Gemeinde rücken mit gemeindeeigenen und Traktoren der Landwirte aus und räumen die Strassen und streuen Salz. Ein anderes Team räumt und salzt Trottoirs und Treppen (zu Fuss und von Hand!). Splitt wird aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen nicht mehr verwendet. Nach dem Einsatz müssen Fahrzeuge und Geräte kontrolliert und wenn nötig Reparaturen vorgenommen werden, damit sie rasch wieder bereitstehen. Die Geräte werden mit Salz aufgefüllt und auch die Lager mit den Winterdienstmitteln (Streusalz, Sand, Calciumchlorid etc.) müssen ergänzt werden, damit der nächste Einsatz ohne Verzögerungen ablaufen kann.</p> <p>3. <i>Welche Prioritäten werden gesetzt?</i> Die grösste Priorität hat die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs. Besonders die Bellvuestrasse in den Spiegel ist für die Busse von Bernmobil, die heutzutage ohne Winterreifen verkehren, bei Schneefall eine Herausforderung. Ebenfalls von erster Priorität sind die Hauptachsen, die Zufahrten zu den Könizer Altersheimen, als Zubringer dienende steile Wegabschnitte und Fahrradhaupttrouten. Alle anderen Strassen werden in zweiter Priorität geräumt.</p> <p>4. <i>Welche rechtlichen Vorgaben existieren?</i> Die wichtigste Vorschrift zum Winterdienst ist die Norm SN 640. Sie regelt Ziele und Anforderung, Winterdienst-Strategien (welche Mittel in welcher Dosierung, wann und wie verwendet werden), Sicherheit und Umweltschutz. Die Fahrer müssen gesetzliche Fahr- und Ruhezeiten beachten.</p> <p>5. <i>Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Privaten, beispielsweise Landwirten?</i> Eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton gewährleistet bei Bedarf gegenseitige Unterstützung. Mit anderen Gemeinden besteht normalerweise keine Zusammenarbeit. In Notsituationen hilft man sich aus. Bernmobil verfügt über einen eigenen Winterdienst, der die Räumung der ÖV-Routen in Köniz situativ unterstützt. Für den Winterdienst der Gemeinde Köniz werden zahlreiche Landwirte beigezogen, damit die Strassen in nützlicher Frist geräumt werden können.</p>

## Weiteres Thema

### **Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion: Kiss & Ride beim Schulhaus Blindenmoos in Schliern**

In der Gemeinde Köniz sind sogenannte Elterntaxis (Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren) ein Ärgernis, das sie für die zu Fuss gehenden Kinder eine Gefahr darstellen können und unnötigen für die Anwohner von Schulen lästigen Verkehr generieren. Bei der Schule Blindenmoos in Schliern hat die Verkehrsplanung daher neben anderen Massnahmen als Pilotprojekt eine Kiss & Ride-Zone mit Parkplätzen zum kurzen Anhalten und Aussteigenlassen eingerichtet. Andere Zufahrten zur Schule wurden für Elterntaxis explizit gesperrt und es wurden – teilweise unter Einbezug der Schüler:innen – farbige Markierungen und Verengungen als Querungshilfen eingerichtet.

Die Nacherhebung hat ergeben, dass sich die Situation insofern wesentlich verbessert hat, als dass weniger unerwünschte Halte- und Wendemanöver beobachtet wurden. Die Bevölkerung begrüsst die Massnahmen und es gab sehr wenig negative Rückmeldungen, obwohl die Kiss & Ride-Parkplätze nicht mehr als blaue Zone-Parkplätze genutzt werden können. Manche Eltern konnten jedoch noch nicht erreicht werden oder haben sich noch nicht an das neue Regime gewöhnt. Vereinzelt wurden noch ungünstige Wendemanöver beobachtet, Fahrzeuglenkende, die das Fahrverbot missachteten sowie Fahrten von Elterntaxis in Nebenstrassen. Der Dialog zwischen Schule, Eltern, Gemeinde und Anwohnerschaft ist deshalb weiterhin zentral, damit die Kinder möglichst zu Fuss zur Schule kommen und die Elterntaxis reduziert und sinnvoll gelenkt werden können.

## Querschnittsthemen

### **Auswirkungen des Klimaschutzreglements und des zugehörigen Massnahmenpakets auf die Direktion**

1. *Inwiefern ist die Direktion vom Klimaschutzreglement und vom Massnahmenpaket betroffen?*  
Verschiedenste Tätigkeitsgebiete der Direktion sind betroffen: Die Dekarbonisierung der Fahrzeugflotte, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung und der Gemeindeangestellten, die Reduktion der grauen Energie und der Einsatz von rezyklierten oder CO<sub>2</sub>-bindenden Baumaterialien im Tiefbau und die Optimierung der Logistik bzw. des Güterverkehrs zur Reduktion von Fahrten.
2. *Wo liegen diesbezüglich die besonderen Herausforderungen und Hindernisse für die Direktion?*  
Politische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Trends liegen ausserhalb des Einflussbereichs der Direktion, sie kann aber ihren Spielraum nutzen. Es ist wichtig, dass die Gemeindeverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und sich realistische, sinnvolle Ziele setzt, ohne die Leistungsfähigkeit und die Dienstleistungsqualität für die Bevölkerung unnötig einzuschränken. Beim Einsatz von neuartigen klimaverträglicheren Baumaterialien ist Köniz mit Pilotprojekten dabei (z. B. Biobitumen Waldeggstrasse) und tauscht sich regelmässig mit anderen Gemeinden aus, um den Erkenntnisgewinn zu beschleunigen. Der Direktionsvorsteher und der Abteilungsleiter AVU unterstreichen die Bedeutung des Einsitzes im VR von Bernmobil, unter anderem um sicherzustellen, dass ÖV-Innovationen in Köniz früh eingeführt werden können.
3. *Welche Massnahmen konnten bereits geplant oder umgesetzt werden?*  
In der Abteilung Verkehr und Unterhalt wird eine Fülle von Massnahmen und Projekten im Zusammenhang mit dem Klimaschutz bearbeitet. Hier eine Auswahl: Alle betrieblichen Fahrzeuge und die Buslinien 17 und 19 fahren bereits mit Elektroantrieb. Alle relevanten Standorte verfügen über eine entsprechende Ladeinfrastruktur. Nächstens werden die Buslinien 10 und 22/29 elektrifiziert. Bagger sind nicht elektrifiziert, da sie nur selten zum Einsatz kommen und elektrisch betriebene Modelle sich noch nicht wirtschaftlich betreiben lassen.  
Bei den Verkehrsmassnahmen verfolgt die Gemeinde die 4V-Strategie: vermeiden, verlagern, verträglich gestalten, vernetzen. Köniz ist mit ÖV sehr gut erschlossen und verfügt über ein stark genutztes Veloverleihsystem und eine spezifische Förderung des Velo- und Fussverkehrs. Nach Ablauf des Pilotprojekts der RKBM zur flexiblen ÖV-Erschliessung in ländlichen Gebieten, wird sich die Gemeinde Köniz auch zu diesem Thema Gedanken machen. Ende 2025 soll sich die RKBM mit dem neuen Thema Logistik/Güterverkehr durch regionale Bündelung befassen

und die Erkenntnisse auch in Könizer Projekte einfließen. Zudem werden Verbesserungen in Bezug auf die Freizeitmobilität die Verkehrsplanung beschäftigen.

4. *Entsteht dadurch finanzieller Mehr- oder Minderaufwand?*

Die Direktion kann den Mehr- und Minderaufwand nicht konkret beziffern, unter anderem weil die Preise stark in Bewegung sind. Wenn neue klimaschonende Materialien oder Fahrzeuge auf den Markt kommen, sind sie in der Regel teurer (heute Elektrofahrzeuge und Biobitumen), sobald sie serienfähig sind oder weit verbreitet, sinken die Preise in der Regel. Durch das Klimaschutzreglement ist die Ressourcenverwendung transparenter und sichtbarer geworden.

**Fachstelle KOP**

1. *Inwiefern kann die FS KOP die Arbeit der Direktion unterstützen?*

Die Unterstützung durch die FS KOP ist dann am wirkungsvollsten, wenn die Aufgaben klar definiert sind und sich die FS KOP auf den Prozess und die Abteilungen auf die fachlichen Aspekte konzentrieren. Diese Abgrenzung ist bisweilen eine Herausforderung. Verbesserungspotential besteht auch bei der Kommunikation nach aussen: Wer ist nun genau wofür gegenüber Aussenstehenden der Ansprechpartner?

2. *In welcher Form wird eine Unterstützung durch die FS KOP gewünscht?*

Die AVU ist bei abteilungsübergreifenden Bauprojekten aus Ressourcengründen auf ein externes Projektmanagement und Koordinationsleistungen, beispielsweise zur Organisation von Sitzungen und Terminen angewiesen. Häufig werden dazu externe Firmen als sogenannte Bauherrenunterstützung beauftragt. Die FS KOP könnte mehr solche Aufträge übernehmen, müsste dazu aber personell verstärkt werden.

**Befund**

**Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung**

Die Mitarbeitenden der Abteilung Verkehr und Unterhalt waren gut auf die vorher erhaltenen Fragen vorbereitet und haben ihre Tätigkeiten und Projekte professionell, interessant und adressatengerecht präsentiert. Auch ad hoc gestellte Fragen konnten sie aus dem Stand plausibel beantworten.

Bei allen Präsentierenden war ein gewisser Berufsstolz spürbar und die Freude an einer fachtechnisch einwandfrei durchgeführten und effizienten Arbeit im Dienst der Könizer Bevölkerung. Der Direktionsvorsteher, der Abteilungsleiter und die anwesenden Dienstzweig- und Projektleiterinnen pflegten auch über die Hierarchiestufen hinweg einen vertrauensvollen und offenen Umgang miteinander, was von einem angenehmen Arbeitsklima zeugt.

**Rückmeldungen ans Parlament**

Für die GPK-Referent:innen waren die Ausführungen der Präsentierenden schlüssig und sie stimmen den Ausführungen zu. Sie stellten in den besprochenen Dienstzweigen und Tätigkeiten der Abteilung AVU keine konkreten Mängel oder Missstände fest.

*Winterdienst:* Es wird zunehmend schwierig, genügend Personen mit der erforderlichen Einsatzbereitschaft zu finden. Hier wird Kreativität in der Rekrutierung gefragt sein.

*Werterhaltung Strassen:* Mit den aktuell vorgesehenen CHF 800 000 jährlich kann der Zustand der Könizer Strasse langfristig erhalten werden, so dass keine Mehrkosten durch übermässige Rückstände entstehen. Strassenprojekte werden tendenziell aufwändiger, weil meistens Zusatzvorhaben bei den Leitungen realisiert werden müssen. Eine Folge davon sind ein wachsender Bedarf an externer Unterstützung und eine längere Planungszeit.

*Klimareglement:* Auch aus Sicht der Referentin/des Referenten ist es sehr schwierig bis unmöglich die konkreten Mehr- oder Minderkosten aufgrund des Klimareglements zu beziffern, unter anderem da die Preise bei neuartigen, nachhaltigen Baustoffen oder Fahrzeugen rasch sinken, wenn sie verbreitet zum Einsatz kommen und weil bestimmte Massnahmen (beispielsweise die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs) nicht eindeutig dem Klimareglement zugeordnet werden können.

*KOP:* So lange die KOP die organisatorischen und administrativen Aufgaben der Projekte übernimmt und die fachliche Zuständigkeit bei den angestammten Abteilungen bleibt, läuft die Zusammenarbeit

gut. Es stellt sich die Frage der Kapazitäten der KOP und der richtigen Anzahl Projekte, damit keine Engpässe entstehen.

*Lenkung der Elterntaxis:*

Die Markierung von Kiss & Ride-Zonen sollen die Eltern keinesfalls ermutigen, die Kinder in die Schule zu fahren, und der Dialog zwischen Schule, Eltern, Gemeinde und Bevölkerung zum Thema Elterntaxis wird weiterhin geführt werden müssen.



## **Zusammenfassung Direktion Planung und Verkehr, Abteilung Planung und Bauinspektorat**

<b>Schwerpunktthemen</b>	1. Aktionsplan Wohnungsknappheit: Auswirkungen und Massnahmen auf Gemeindeebene
	2. Arealentwicklungen: Kontextualisierung / Einordnung in Bezug auf andere Vorhaben (Arbeitslast und Priorisierung)
	3. Baupolizeifälle: Ursachen und Umgang
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements Fachstelle KOP
<b>Direktionsreferentinnen</b>	Isabelle Steiner, Stv. Sandra Röthlisberger

<b>Schwerpunktthema 1</b>
<p>Auf nationaler Ebene wurde ein Runder Tisch unter der Leitung von Bundesrat Guy Parmelin durchgeführt. Die Gemeinde Köniz war indirekt über den Städteverband in den Prozess involviert.</p> <p>Grundlegend neue Erkenntnisse und Handlungsoptionen für Köniz sind nicht erkennbar. Aspekte wie eine weniger starke Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten sind in Köniz bereits realisierbar (Mischzone, stille Arbeit in Wohnzonen etc.). Probleme wie temporär genutzter Wohnraum sind wenig ausgeprägt. Zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren müsste vor allem auf kantonaler Ebene angesetzt werden. Allgemein ist es zu begrüssen, dass das Thema Wohnungsnot auf die höchste politische Ebene gehoben wurde und ein gewisser Grundkonsens erarbeitet wurde. Konkrete Auswirkungen auf Köniz sind aber kaum zu erwarten.</p>
<b>Schwerpunktthema 2</b>
<p>Der Gemeinderat hat 2020 aufgrund der Pandemie 19 Grossprojekte sistiert. Derzeit gibt es dort, wo die Planungsabteilung involviert ist, keine sistierten Projekte mehr. Aufgrund knapper Personalressourcen müssen die Projekte aber weiterhin priorisiert werden. Es werden vor allem jene Projekte vorangetrieben, wo es dann auch wirklich vorwärts geht. Es gibt jedoch verschiedene Geschäfte, welche beim kantonalen AGR seit längerer Zeit hängig sind, z.B. Station Oberwangen und Spühli Schliern. Die Zusammenarbeit mit dem AGR wird allgemein als schwierig bezeichnet. Das Problem ist bekannt. Bisher ist aber keine Verbesserung in Aussicht gestellt worden.</p> <p>Mehrere Planungen haben wichtige Meilensteine erreicht. Bei der Planung <i>Zentrum Köniz</i> liegt der Entwurf der UeO (Überbauungsordnung) vor. Die Gemeinde ist hier im Lead, auch mit dem Ziel, dass die gemeindeeigenen Liegenschaften entwickelt werden können und die Erschliessung des Areals sowie der Bahnhaltstelle sichergestellt ist. Die Planung <i>Liebefeld Mitte</i> ist beim Kanton zur Vorprüfung. Der Gemeinderat hat die bereits relativ alte Planung vor der Mitwirkung aktualisiert. Die Rückmeldungen deuten darauf hin, dass die Planung ohne grosse Änderungen weiterverfolgt werden kann. In der Planung <i>Zentrum Niederwangen</i> ist die ZPP (Zone mit Planungspflicht) rechtskräftig. Die Planung ist unumstritten, allerdings sind noch zwei Beschwerden zum Mehrwertausgleich hängig.</p>

Die ZPP *Station Oberwangen* wurde zur Genehmigung eingereicht, die UeO ist in Vorbereitung. Die Schulraumplanung wird verwaltungsintern seitens KOP koordiniert. Bei der Planung *Haltenrain* wurde die UeO vorgeprüft. Als nächster Planungsschritt steht nun die öffentliche Auflage bevor. Der Eigentümer will freiwillig auf eine Durchmischung achten, die Preise liegen aber über dem Bestand. Die Planung *Station Wabern* ist in der Vorprüfung. Mit der Überbauung sollen auch neue Siedlungsräume entstehen.

Im folgenden Geschäftsjahr sind in den Planungen ZPP Spühli, Morillon, Rappentöri, Deponie Gummersloch KEGUL, Eichmatt Schliern und Institut für Virologie und Immunologie (IVI) grössere Meilensteine zu erwarten.

### Schwerpunktthema 3

Die Gemeinde stellt deutlich mehr Fälle von unbewilligtem Wohnraum fest. Die Fälle fallen dann auf, wenn sich Neuzuzüger:innen beim Einwohnerregister anmelden. Wenn die angemeldete Adresse nicht im Wohnungs-Register erfasst ist, ergeht eine Meldung an das Bauinspektorat, welches dem nachgeht. Oftmals wird dann festgestellt, dass neuer Wohnraum ohne Bewilligung geschaffen wurde (z.B. Ausbau Mansarde). In der Folge werden diese Grundeigentümer:innen dann aufgefordert, ein nachträgliches Baugesuch einzureichen. Ist eine neue Wohnung nicht bewilligungsfähig und der Grundeigentümer weigert sich, diese rückzubauen, dann wird die Wiederherstellung angedroht und nötigenfalls umgesetzt. Dies ist aber sehr selten. Kann eine Baubewilligung erteilt werden, erfolgt diese rückwirkend. Ein spezifischer Handlungsbedarf besteht nicht, das Problem ist in Köniz nicht grösser, als in anderen Gemeinden.

Grundsätzlich sollen die Kontrollen bei Bauvollendungen (Bauabnahmen) verstärkt werden. Diese finden aktuell nicht systematisch statt. Werden die Kontrollen wieder vermehrt durchgeführt, spricht sich das herum und hat entsprechend Einfluss auf das Bauverhalten. Bisher musste nur in sehr seltenen Fällen eine Anzeige gemacht werden.

### Querschnittsthemen

#### Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements

Die Planungsabteilung hat den Auftrag, die Ausnützung der Gemeindeautonomie bei Energievorschriften in der Regelbauzone auf Grundlage des revidierten Energiegesetzes zu überprüfen. So ist zum Beispiel die Reduzierung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz bei ZPPs Standard. In neuen ZPPs wird die Verschärfung des Grenzwerts der gewichteten Gesamtenergieeffizienz um minus 15% bereits konsequent angewendet. Eine weitere Massnahme stellen Wärmeverbünde dar. Es bestehen bereits mehrere kleine Wärmeverbünde (Thörishaus, Oberwangen, Schliern, Köniz, Liebefeld, Wabern). In Niederwangen, Schliern und Wabern sind neue Wärmeverbünde geplant und für grössere Teile des Liebefelds läuft eine Wärmeversorgungsplanung.

Für die Direktion entsteht kein Mehr- oder Minderaufwand. Planerlassverfahren sind Bestandteil des Grundauftrags einer Planungsabteilung. Der Hauptaufwand für Grundlagenarbeiten entsteht bei der Direktion Umwelt und Betriebe (DUB).

Oft ist ein Konsens vorhanden, dass eine Entwicklung gefördert werden soll (z.B. Wärmeverbünde). In der Umsetzung bestehen dann aber Unklarheiten bezüglich der Verantwortlichkeiten und Rollenverteilung innerhalb der Verwaltung. Bessere Grundlagen sollen nun im Rahmen der Raumstrategie von der DUB erarbeitet werden sollen. Schwierigkeiten entstehen auch durch die grossen Schwankungen bei den Rohstoffpreisen. Es besteht Uneinigkeit zwischen den Akteuren, zu welchem Zeitpunkt man hier aktiv werden soll.

### **Fachstelle KOP**

Die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP) wurde geschaffen, um die Umsetzung von Grossprojekten zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten zu koordinieren. Ausserdem soll die Fachstelle die übergeordnete Ansprechstelle nach aussen sein, damit die Gemeinde mit "einer Stimme" auftreten kann.

Die Rolle der KOP hat sich seit der Einführung entwickelt. So wird etwa auch die Schulraumplanung von der KOP betreut, die als Daueraufgabe der Verwaltung kein Grossprojekt im ursprünglich ange-dachten Sinne ist. Die Planungsabteilung zieht in ihrem Fachbereich aus der KOP kaum zusätzlichen Nutzen. Die Koordination von komplexen Planungsprozessen gehört zum Tätigkeitsbereich der PLAK. Entwicklungsprojekte stossen aktuell selten auf grössere Widerstände.

Eine allfällige Erweiterung der Fachstelle und der Aufgaben soll aus Sicht der Planungsabteilung von der Rolle abhängig gemacht werden.

### **Befund**

#### **Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung**

Die Anzahl Baugesuche und Voranfragen sowie Planungsgeschäfte und Grossprojekte bleibt hoch. Bauinspektorat und Planungsabteilung arbeiten in diesem Umfeld professionell und mit der notwendigen Priorisierung. Hervorgehoben werden können intensivierte Aktivitäten beim unbewilligtem Wohnraum beim Bauinspektorat oder der Freiraumentwicklung bei der Planungsabteilung. Gleichwohl besteht bei beiden Abteilungen weiterhin eine hohe Arbeitslast und teilweise Herausforderungen bei der Besetzung von vakanten Stellen durch geeignete Fachkräfte. Im Falle der PLAK-Leitung, welche nach 12 Jahren gekündigt hat, konnte hingegen bereits eine geeignete Nachfolge gefunden werden. Ihr Vorgänger konnte die Organisation 2023 erfolgreich restrukturieren und die Verantwortung des Abteilungsleiters auf mehrere Personen verteilen. Damit wurde ein Klumpenrisiko gelindert, das die PLAK seit mehreren Jahren belastet hatte und gewährleistet einen einwandfreien Übergang.

Das kantonale AGR hält die Fristen bei den Vorprüfungen und Genehmigungen der Planungsgeschäften nicht ein. Die Verzögerungen sind unabsehbar und betreffen relevante Planungsgeschäfte. Die DPV hat keine Handhabung, dieses Problem zu lösen.

Inhaltlich steht die PLAK weiterhin vor grossen Herausforderungen, insbesondere in Planungsprojekten wie dem Zentrum Köniz-Nord, wo die Interessen einer Vielzahl von Eigentümerschaften abgeholt und koordiniert werden müssen.

Aus persönlichen Gründen konnte der Leiter des Bauinspektorats nicht an der Sitzung teilnehmen. Bereits im vergangenen Jahr fand das Gespräch ohne die Leitung des Bauinspektorats sowie dessen Stellvertretung statt. Eine Teilnahme im kommenden Jahr sollte sichergestellt werden.

#### **Rückmeldung an das Parlament (Qualität der Verwaltungsarbeit etc.)**

Die Referentinnen der GPK bedanken sich für den Einblick in die DPV und für die Arbeit von Verwaltung und Direktion. Die Abteilungen der DPV agieren trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen professionell und gewissenhaft. Die Produktivität und die Qualität der erbrachten Leistungen sind weiterhin hoch.

## Zusammenfassung Direktion Sicherheit und Liegenschaften

<b>Schwerpunktthemen</b>	1. 118.1 Einwohnerdienste und Registerführung
	2. 122.1 Erstellen und Unterhalt der gemeindeeigenen Bauten
	3. 123.1 Liegenschaftsdienstleistungen Aufgabenteilung/Auftrag, Fokus Berichtsjahr, Personalbestand
	4. Regionales Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland (RKZ BBM) Allgemeinde Situation/Altlasten
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements Fachstelle KOP
<b>Direktionsreferentinnen</b>	Kathrin Gilgen, Stv. Isabelle Steiner

Schwerpunktthema 1
<p><b>118.1 Einwohnerdienste und Registerführung</b></p> <p><b>Aufgabenbereich, Herausforderungen, Personalbestand, Überweisung an Ansprechstelle Integration – Voraussetzungen</b></p> <p>Larissa Dellsperger, Leiterin Dienstzweig Einwohnerdienste, erläutert, dass sie ein sehr internationales Team mit insgesamt 12 Personen leitet. Durch den Migrationshintergrund ihres Teams können sehr viele Sprachen abgedeckt werden, was vor allem bei Erstgesprächen mit Ausländern sehr von Vorteil ist, damit diese ihre Rechte und Pflichten verstehen. Für diejenigen Sprachen, welche nicht abgedeckt werden können, hat sie sich ein Übersetzungstool (Pockettalk) angeschafft, welches sie dabei unterstützt, Sprachbarrieren abzubauen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Gerät seien sehr gut. Insgesamt können 139 Sprachen damit abgedeckt werden.</p> <p>Die <u>Aufgabenbereiche</u> werden wie folgt erläutert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verantwortlich für An-/Um- und Abmeldungen von Einwohner/innen</li> <li>• Beraten der Kundinnen und Kunden am Schalter und Telefon</li> <li>• Entgegennehmen und bearbeiten von Anträgen und Gesuchen von Ausländer/innen mit Wohnsitz in der Gemeinde Köniz</li> <li>• Führen von Erstgesprächen mit Ausländer/innen bei Ersteinreise</li> <li>• Ausstellen verschiedener Bescheinigungen und Zeugnisse</li> <li>• Erteilen von Adressauskünften und allgemeine Korrespondenz</li> <li>• Betreuen des Online-Schalters</li> <li>• Kontrollieren der Unterschriften bei Initiativen und Referenden</li> <li>• Mitarbeit bei Abstimmungen und Wahlen</li> <li>• Lehrlingsbetreuung (der Lernende 3. Lehrjahr ist ein ganzes Jahr bei den Einwohnerdiensten)</li> </ul> <p><u>Herausforderungen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Als Herausforderung werden als erstes die sprachlichen Barrieren mit der Kundschaft erwähnt. Wie bereits erwähnt, ist hier das international zusammengesetzte Team und ein Übersetzungstool eine grosse Hilfe.</li> </ul>

- Als weitere Herausforderung wird am Beispiel der Wohnungsneuerfassung die Kooperation mit anderen Abteilungen aufgezeigt: So werden neu gebaute Wohnungen erst nach offizieller Fertigstellung erfasst. Die Neuzuzüger beziehen die Wohnungen aber schon zu einem früheren Zeitpunkt und melden sich pflichtgemäss bei den Einwohnerdiensten an. Aufgrund der im System noch fehlenden Wohnung können diese dann noch nicht erfasst werden, was manchmal für Unverständnis sorgt.
- Ein grosser Aufwand besteht vor allem dort, wo die Kunden ihren Pflichten nicht nachkommen (z.B. Unterlagen nicht einreichen).
- Das Kundenleitsystem bewährt sich. Die Herausforderung besteht hier darin, es für die Kundschaft noch sichtbarer und einfacher zu machen.
- Die Krise in der Ukraine hatte grosse Auswirkungen auf Behörden wie Migrationsdienst, SEM und Gemeinden. Derzeit beträgt die Wartefrist für eine ordentliche Verlängerung eines Ausländerausweises drei Monate.
- Bei Abstimmungen und Wahlen kommt es zu Wochenendeinsätzen. Durch eine Arbeitsplatzbewertung wurde das Team aufgestockt und man ist hierfür nun besser abgedeckt und die Mithilfe kann in einem für das Team gesundem Rahmen organisiert werden.
- Es stehen grössere Projekte an, welche jetzt, mit 2023/24 um fünf Stellen aufgestocktem Team, angegangen werden können. So steht beispielsweise die Digitalisierung der Ausländerdossiers an, wie auch die aufgrund einer Gesetzesänderung notwendige Rücksendung der Heimatscheine.

#### Personalbestand:

Der Personalbestand beläuft sich auf 13 Mitarbeiter, sowie einen Lernenden (3. Lehrjahr) und eine Aushilfe von 45%. Total bestehen 1'240 Stellenprozente. Durch eine Arbeitsplatzbewertung konnten zwischen April 2023 und Juni 2024 fünf 100 %-Stellen zusätzlich besetzt werden.

Per 01.05.2025 wurden die Einwohnerdienste neu organisiert. Neu gibt es einen Gruppenleiter Fachbereich "Ausländer" welchem fünf Angestellte direkt unterstellt sind. Wie erläutert wird, können alle Mitarbeiter der Einwohnerdienste alle Arbeiten am Schalter ausführen. Die Weiterverarbeitung im Backoffice erfolgt dann in zwei Gruppen, welche in ihren Bereichen ein vertieftes Wissen haben. Gerade das Ausländerwesen ist sehr komplex, weshalb es zu dieser Unterteilung gekommen ist. Die Abteilung ist weiter in "Schweizer" und "Wahlen und Abstimmungen" aufgeteilt.

Bezüglich den Erstgesprächen mit Ausländern wird erläutert, dass der Kanton die Gemeinden dazu verpflichtet, diese zu führen. Es wird eine Statistik darüber geführt, mit welcher Ende Januar mit dem Kanton abgerechnet wird und welcher hierfür eine Entschädigung zahlt.

Es gibt zwei Arten von Erstgesprächen. Eine davon ist das Verpflichtende, bei welchem die Kunden an die Fachstelle ISA (Info-Sprache-Arbeit / Fachstelle Migration) überwiesen werden. Dies betrifft Personen aus Drittstaaten und ist obligatorisch, da das Gesuch ansonsten nicht weiterverarbeitet wird. Anhand einer Statistik wird aufgezeigt, dass die Anzahl der Erstgesprächen zugenommen hat. Im Jahr 2025 ist die Anzahl derzeit noch relativ niedrig, wobei hier festzuhalten ist, dass hier erst ein Quartal enthalten ist und sich die Zuzüge eher im Sommer häufen.

Die Einwohnerdienste empfangen zwischen 80 und 100 Kunden pro Tag. Während der Öffnungszeiten sind die fünf Schalter alle immer offen.

#### **Vor- und Nachteile des neuen Kundensystems Qmatic**

Die Vorteile des Kundensystems:

- Statistikführung
- Kundenfreundlich
- Bedienungsfreundlich für Kunden und Mitarbeitende (es gibt nur einen Knopf und einen Bildschirm).
- Einfache Handhabung
- Übersichtlicher "Counter" (virtuelle Schlange)
- Geordneter Ablauf

Als Nachteile des Kundensystems werden erwähnt:

- Gewöhnungsbedürftig für Kundschaft
- Probleme mit dem Touchscreen, wobei dies demnächst behoben werden soll
- Der Kundendienst der Qmatic war bisher nicht optimal.

Wie Larissa Dellsperger mitteilt, gefällt es ihr sehr gut in Köniz. Wie sie mitteilt, habe sie bereits einige Male die Stelle gewechselt, hier in Köniz fühlt sie sich nun aber angekommen und wohl. Sie hält fest, dass sie über ein gutes Team verfügt.

Der Direktionsvorsteher ergänzt, dass der Eindruck der Einwohnerdienste als Erstkontakt für die Einwohner wichtig ist. Die Übergabe der Leitung der Einwohnerdienste erfolgte nicht ohne Unterbruch. Die Stelle war ca. drei Monate lang unbesetzt.

## Schwerpunktthema 2

### 122.1 Erstellen und Unterhalt der gemeindeeigenen Bauten

- *Projekte Fokus Berichtsjahr, Verzögerungen oder Probleme*
- *Nennenswertes zu den im Berichtsjahr 2024 erwähnten 18 Projekten?*
- *Gibt es Verzögerungen oder Probleme?*

#### Wabern, Lerbermatt, Erweiterung Fussballfeld und Infrastruktur:

Es bestehen Schwierigkeiten, sich mit dem Kanton betr. die Baurechtsgründung zu einigen. Ein Entwurf für den Baurechtsvertrag existiert, aber über die Einzelheiten besteht noch keine Übereinstimmung. Man hofft, dass dies bis im Sommer 2025 erledigt werden kann. Ein Ausführungskredit für die Garderobe und die Herstellung der Ligatauglichkeit des Fussballfelds kann erst beantragt werden, wenn das Baurecht begründet ist, weshalb man nun dazu übergehen will, das Kunstrasenfeld vom Projekt abzukoppeln, damit man vorwärts machen kann. Das Kunstrasenfeld kann dann nachgehend geregelt werden. An den Kosten für den Rasen soll sich auch der Kanton beteiligen. Es kann nicht sein, dass dies einzig die Gemeinde finanzieren muss. Für den Betrieb wird ein Kunstrasen besser sein, da dieser auch bei schlechtem Wetter bespielt werden kann. Es ist vorgesehen, im August dem Parlament einen Ausführungskredit zu beantragen.

#### Wabern, Morillon, Schulraumerweiterung:

Die im Jahresbericht erwähnten Einsprachen sind nach wie vor hängig.

Das ganze Projekt stammt aus einem Architekturwettbewerb, weshalb am Wettbewerbsprojekt nichts verändert werden kann. Auch kann das Projekt in einem solchen Verfahren nicht in Abstimmung mit den Nachbarn entwickelt werden. Aufgabe der Planergruppe war es, das Projekt und die Qualität des Baus den im Wettbewerb definierten Bedürfnissen anzupassen und die geltenden Vorschriften einzuhalten. Eine Mitwirkung oder ähnliches ist hier nicht vorgesehen (im Gegensatz zu einer ZPP oder UeO). Das ist so gewollt, denn die Gemeinde soll sich hier nicht noch zusätzlich beschränken müssen.

Nach Eigeneinschätzung ist das Projekt zonenkonform und den Vorschriften entsprechend, was erstinstanzlich auch so bestätigt wurde. Nebst der Abteilung Immobilien ist noch die Abteilung PLAK involviert. Die KOP ist von diesem Projekt nicht betroffen.

#### Spiegel, Schulanlage:

Im Rahmen der notwendigen Dachsanierung aufgrund der Brandstiftung im Sommer 2024 wurde eine Photovoltaikanlage erstellt.

#### Köniz, Schule Buchsee, Erweiterung Tagesschule/Turnhalle:

Hier ist man derzeit daran, einen Antrag für Provisorien zu erarbeiten, welcher demnächst ins Parlament kommen soll.

#### Köniz, Schloss, Ritterhuus:

Hier liegt zwischenzeitlich ein Kostenvoranschlag vor, welcher positiv beurteilt wird. Im Sommer soll nun mit dem Submissionsverfahren gestartet werden. Der Baubeginn ist im Herbst vorgesehen.

#### Werkhof Areal 101; Provisorische Container als Aufenthalts- und Pausenräume:

Hierzu kann nicht viel gesagt werden, da die Abklärungen im Gemeinderat am Laufen sind. Es gibt die Option Aufstocken und Containerprovisorien aufheben, aber das ist alles noch nicht spruchreif. Die Container sind nach wie vor funktionstauglich und sollten eigentlich bis 2026 wieder weggeschafft werden. Aller Voraussicht nach wird wohl ein Erstreckungsgesuch notwendig werden, damit genügend Zeit für die Erarbeitung und Ausführung einer anderen Lösung besteht.

Niederwangen Ried, Auslagerung Tagesschule ins Baufeld F, Mieterausbau:

Die Auslagerung der Tagesschule ins Baufeld F ist bereits erfolgt, die Kindertagesstätte wird noch folgen.

Oberwangen, neue Basisstufe:

Hier ist man am Ball und zuversichtlich, dass alles gut kommt.

Schliern, Schule Blindenmoos, Dringender Schulraumbedarf:

Im Verfahren ist der Heimatschutz involviert. Anlässlich eines Workshops konnte eine Lösung gefunden werden, welche sich nun in der Ausarbeitung befindet. Es gilt die architektonische und betriebliche Lösung aufeinander abzustimmen.

Köniz: Gemeindehaus Bläuacker, Raumrochaden und Verdichtung:

Dieses Projekt ist am Laufen und bald abgeschlossen.

### Schwerpunktthema 3

#### 123.1 Liegenschaftsdienstleistungen

##### Aufgabenteilung/Auftrag, Fokus Berichtsjahr, Personalbestand

- *Allgemeiner Aufgabenbereich und Auftrag erklären (auch Bewirtschaftungsmandate)?*
- *Nennenswertes zum Berichtsjahr 2024?*
- *Personeller Bestand?*

Im Bewirtschaftungsteam musste man sich leider von der Leitung trennen und der Neubesetzungsprozess ist am Laufen.

Die Bewirtschaftungsmandate für die Liegenschaften der Pensionskasse und der Genossenschaft Wohnraum Köniz umfassen 438 Wohnungen und knapp 419 Parkplätze. Zudem enthält das Finanzvermögen der Gemeinde Köniz 138 Wohnungen, 100 Gewerbeflächen und knapp 554 Parkplätze. Hinzu kommen 62 Pachtverträge inkl. Waldflächen, welche es zu verwalten gilt.

Der Tätigkeitsbereich umfasst die Bewirtschaftung von Pachten, das Vermitteln von Wohnungen, Mietzinsanpassungen, das Bearbeiten von Schadenfällen, das Beheben von technischen Störungen, schlichten von Nachbarschaftsstreitigkeiten, Inkasso sowie Betreibungen und Konkurse, welche begleitet werden müssen. Zu letzterem wird erläutert, dass mit der 2. Mahnung die Betreibung angedroht wird, welche dann im Anschluss in der Regel auch erfolgt. Einzig bei Härtefällen wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziales nach Lösungen gesucht, da sich ansonsten die Problematik nur gemeindeintern verlagern würde.

Als Herausforderung wird die Arbeitsauslastung erwähnt. Zwar sei das Team um eine Person gewachsen, im Gegenzug habe man aber auch sieben Häuser mehr zu verwalten. Nun ist geplant, die Durchführung einer neutralen Arbeitsplatzbewertung beim Gemeinderat zu beantragen. In dieser arbeitsintensiven Zeit müsse man sich nun auch wieder erneut für die Übernahme des Pensionskassenmandats bewerben, was relativ aufwändig ist. Es wird sich zeigen, ob das Bewirtschaftungsmandat konkurrenzfähig ist.

Der Unterhalt der Liegenschaften ist klassische Aufgabe der Liegenschaftsbewirtschaftung (z.B. Ersatz WC, abschleifen von Parkett etc.). Sind grössere Umbauten notwendig, welche ein Baugesuch erfordern, geht die Verantwortung an den Bereich Bau und Unterhalt über.

Es wird kurz erläutert, wie eine Arbeitsplatzbewertung funktioniert, wobei anzumerken ist, dass die Abläufe in der Gemeinde mit grösserem Aufwand verbunden sind, da rund 80% der Klientele Empfänger von Ergänzungs- oder Sozialleistungen sind, was Hartnäckigkeit, Ausdauer und Geduld braucht und nicht 1:1 mit anderen Liegenschaftsverwaltungen verglichen werden kann. Es soll versucht werden, den Mietern zu helfen - das wird als Teil der Dienstleistung verstanden. Dieser Mehraufwand wird aber in eine Arbeitsplatzbewertung einfließen müssen.

Bei der Neuvermietung von Wohnungen wird besonders auf den Aufwand und auf eine gute Durchmischung im Haus geachtet. Es existieren Wartelisten. Es wird eingeräumt, dass es gelegentlich zu

Beschwerden komme. Daran werde aber gearbeitet. Die zentrale Ursache und Herausforderung dafür bleibt aber wie erwähnt die herausfordernde Kundschaft, welche die Situation durch Kulturunterschiede und Sprachprobleme noch zusätzlich erschwert.

Insgesamt wird erwähnt, dass sich die Weiterentwicklung im Team aber auch die Weiterentwicklung der Prozesse in den letzten Jahren nicht so entwickelt haben, wie man sich dies gewünscht hätte. Es werde aber nach wie vor daran gearbeitet. Es wird betont, dass die Liegenschaften immer voll vermietet sind und es keine Leerstände gibt.

#### Schwerpunktthema 4

##### Regionales Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland (RKZ BBM)

###### *Situation allgemein:*

Beim RKZ gibt es für die Gemeinde Köniz nicht viel Negatives zu berichten. Die Zivilschutzrekruten werden bis zur Eröffnung eines neuen kantonalen Ausbildungszentrums in einer Übergangslösung in Spiez ausgebildet.

###### *Altlasten Brandsimulationsanlage:*

Durch die Übungen mit Löschschaum entstanden PFAS-Schadstoffe (sogenannte Ewigkeitschemikalien) im Margelbach. Via DUB wird dort derzeit eine Altlastenuntersuchung durchgeführt. Diese wird durch die Gemeinde vorfinanziert und später mit dem Kanton und dem Verband RKZ BBM verrechnet. Vom Verband her sind noch einige finanzielle Mittel vorhanden. Wer woran wieviel bezahlt, wird noch angeschaut werden müssen. Die Löschschaumübungen wurden nicht nur durch die Feuerwehr durchgeführt, sondern zu einem grossen Anteil auch durch den Zivilschutz. Tatsache ist, dass die Belastung da ist und man nun klären müsse, wie man diese abtragen kann. Die Studie hierzu ist am Laufen.

###### *Grund für Schliessung:*

Der Kanton hat sich entschieden, dass ein kantonales Ausbildungszentrum für den Zivilschutz entstehen soll. Dies soll zwischen 2028 und 2032 den Betrieb aufnehmen. Gleichzeitig hätte beim RKZ BBM für einen weiteren guten Instruktionsbetrieb 2 Instruktionsstellen besetzt werden sollen, dies mit einem kurzen Zeithorizont von nur 5 Jahren. Auch wären diverse Investitionen in die Anlage angestanden. Aus diesen Gründen hat der Verband RKZ BBM sich entschieden, sich aufzulösen.

#### Weiteres Thema

##### Vorstellung einer gut gemeisterten Herausforderung durch die Direktion:

###### Kauf Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 230–236:

Die Gemeinde hat schon vor einiger Zeit ein Auge auf die Liegenschaft geworfen und als die Verkaufsidee dann da war, wurde schnell gehandelt und das Geschäft innerhalb von nur vier bis fünf Monaten so weit vorbereitet, dass Parlament und Volk darüber entscheiden konnte. Wenn man weiss, was es alles für ein Geschäft in dieser Dimension braucht, dann ist die Zeitachse hier ein sehr guter Leistungsausweis für die Direktion DSL. Der Kauf der Liegenschaft ist auch mit der Wohnraumstrategie übereinstimmend und es kann günstiger Wohnraum erhalten werden. Allenfalls bietet das Gebäude auch Platz für gemeindenahe Institutionen. Negativ ist, dass die Bruttoverschuldung der Gemeinde dadurch steigt, auf die Nettoverschuldung hat der Kauf keinen Einfluss.

Als weitere gut gemeisterte Herausforderung wird der Froschteich in Mengestorf erwähnt, welcher erfolgreich realisiert werden konnte.



## Querschnittsthemen

### **Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements und des zugehörige Massnahmenpakets auf die Direktion**

*Inwiefern ist die Direktion vom Klimaschutzreglement und vom Massnahmenpaket betroffen?*

Wie die Vertreter der Direktion DSL erklären, befinde man sich zu diesem Thema in einer Lernkurve. Die Berücksichtigung der Vorschriften und Auflagen aus dem Klimaschutzreglement sei bei Neubauten weniger ein Thema resp. Bestandteil der Projekte. Bei Sanierungsarbeiten sei die Thematik jedoch viel komplexer und müsse individuell und projektspezifisch angeschaut werden. Grundsätzlich ist man verpflichtet, die kantonalen Vorgaben einzuhalten, Köniz saniert und baut sogar nach Minergie-Standard.

Was klimaschutztechnisch umgesetzt werden kann, ist bei Sanierungen objektabhängig. Es soll das wirtschaftliche Projektoptimum aufgrund einer ganzheitlichen Projektbetrachtung gefunden werden.

*Wo liegen diesbezüglich die besonderen Herausforderungen und Hindernisse für die Direktion?*

Wie bereits erwähnt, schaut die Abteilung Immobilien die Projekte gesamtheitlich an und versucht das Projekt auch wirtschaftlich zu optimieren und nicht einzig die maximalen Massnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Dies birgt ein gewisses Konfliktpotential mit anderen Abteilungen, welche naturgemäss ihr Fachgebiet voll im Fokus haben. Auch soll nicht alles mit Technik geheilt werden, sondern es werden lieber Low-Tech-Varianten bevorzugt, bei welchen zwar energiemässig nicht das Maximum herausgeholt wird, sie dafür aber wirtschaftlich sind und nebenbei auch die Hauswarte nicht überfordern.

*Welche Massnahmen konnten bereits geplant oder umgesetzt werden?*

In Punkto Solaranlagen ist man einen Schritt weiter und kleinere Liegenschaften, welche im Finanzvermögen liegen, haben eine Photovoltaikanlage erhalten. Grundsätzlich sollen dort, wo sich die Standorte eignen und wo es auch wirtschaftlich rentabel ist, Photovoltaikanlagen realisiert werden. Allerdings werden beispielsweise keine Photovoltaikanlagen auf 60-jährige Dächer gebaut, sondern dies geschieht erst im Zusammenhang mit einer Dachsanierung. Als Beispiel wird hier das Schulhaus Spiegel erwähnt, bei welchem nach dem Brand, gemeinsam mit der Sanierung, eine Photovoltaikanlage realisiert wurde.

*Entsteht dadurch finanzieller Mehr- oder Minderaufwand?*

Die Mehrkosten für die Massnahmen aus dem Klimaschutzpaket belaufen sich bei den aktuellen Gebäudesanierungen auf rund 10-15%. Allerdings lohnen sich diese Mehrkosten teilweise langfristig, da sie zu günstigeren Betriebskosten führen.

### **Fachstelle KOP**

*Inwiefern kann die FS KOP die Arbeit der Direktion unterstützen? In welcher Form wird eine Unterstützung durch die FS KOP gewünscht?*

Die Zusammenarbeit mit der Fachstelle KOP wird als gut wahrgenommen. Grundsätzlich könne zwar darüber diskutiert werden, wo welche Aufgaben gemacht werden, aber zu guter Letzt müsse die Arbeit doch einfach gemacht sein. Die Aufgabenzuordnung, welche hier stattgefunden hat, hat vieles verbessert. Heute ist dadurch besser definiert, wer wo welche Zuständigkeit hat.

Generell ist man in der Direktion DSL der Ansicht, dass in der ganzen Gemeindeverwaltung daran gearbeitet werden muss, vermehrt zusammenzuarbeiten und das "Gartenzaun-Denken" zu reduzieren. Im Gegenzug sollen aber auch keine fachlichen "Übergriffe" stattfinden. Es wird eingeräumt, dass dies bei einer auf Linien ausgerichteten Organisation eher schwierig ist. Es wird festgestellt, dass der Einwohner die Gemeindeverwaltung von aussen als Einheit wahrnimmt, weshalb die interne Zusammenarbeit und damit auch das gegenseitige Vertrauen wachsen muss.

<b>Befund</b>
<p>Allgemeine Feststellungen und Eindrücke aus dem Einblick in die Verwaltung:</p> <p>Der Verwaltungsbesuch war konstruktiv und offen.</p> <p>Die im Voraus gestellten Fragen wurden in der Besprechung beantwortet. Der Einblick in Aufbau und Ablauf der Einwohnerkontrolle war interessant – besten Dank an Larissa Dellsperger.</p> <p>Die Führungskräfte und Mitarbeitenden sind motiviert und bringen sich konstruktiv und initiativ ein.</p> <p>Dem neuen Direktionsvorsteher begegnet man mit einer positiven, offenen Haltung und es scheint eine gewisse «Entspanntheit» eingekehrt zu sein.</p>

## Zusammenfassung Direktion Umwelt und Betriebe

<b>Schwerpunktt Themen</b>	1. 124.1 Dienstleistungen Energie
	2. 126.1 Wasserversorgung
	3. 128. 1 ICT-Dienstleistungen (Informatikzentrum Köniz-Muri)
<b>Weiteres Thema</b>	Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion
<b>Querschnittsthemen</b>	Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements Fachstelle KOP
<b>Direktionsreferentinnen</b>	Sandra Röthlisberger, Stv. Janka Hamm

Schwerpunktt hema 1
<p><b>Öffentlichkeitsarbeit und Beratung</b></p> <p>Anfragen zu Energiethemen aus der Bevölkerung werden ausgewertet. 2024 gab es 70 Anfragen. Im Vordergrund standen Anfragen zu Heizungsersatz (26/70) und Fernwärme (24/70). Im Zusammenhang mit der Fernwärme beinhalteten die Anfragen meist die mögliche Erschliessung der betroffenen Liegenschaft. Hierbei wurde oftmals auch auf die <a href="#">Wärmeversorgungskarte der Gemeinde Köniz</a> verwiesen.</p> <p>Beim Ersatz fossiler Heizungen oder Elektrospeicherheizungen, fällt die Beratung etwas umfassender aus. Dabei erfolgt oft auch eine Empfehlung an die regionale Energieberatung, welche eine einstündige Gratisberatung anbietet.</p> <p>Insbesondere der Ersatz von Elektrospeicherheizungen löst oftmals grössere bauliche Massnahmen am Gebäude aus. Die Abteilung Umwelt hat aber den Eindruck, dass sie den Einwohnern mit ihrer neutralen Beratung Möglichkeiten aufzeigen kann und so Hilfe zur Selbsthilfe leistet. Auch der 2024 durchgeführte Workshop zum Ersatz von Elektroheizungen hat zu positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden geführt.</p> <p>Bei einem Heizungsersatz besteht eine kantonal geregelte Meldepflicht. Diese Meldung erfolgt jedoch zu einem relativ späten Zeitpunkt, sodass ein Eingreifen nicht mehr möglich ist, wenn es zu einem 1:1-Ersatz einer Ölheizung kommt. Der Zeitpunkt der Meldung ist kantonal vorgegeben, weshalb die Gemeinde hier nichts unternehmen kann. Ist der Heizungsersatz mit einem Baugesuch verbunden, dann muss das kantonale Energiegesetz eingehalten werden und es werden zumindest ergänzende Massnahmen notwendig, um nichterneuerbare Energien zu nutzen. Nach wie vor werden 11,7% der Heizungen erneut mit fossilen (Öl-Öl; Öl-Gas; Gas-Gas) Heizungen ersetzt.</p> <p>Die Abteilung Umwelt und Landschaft versucht, vor allem Besitzer von grösseren Liegenschaften (Mehrfamilienhäuser) mit Hilfe von Workshops auf die Problematik aufmerksam zu machen und diese für die Wahl von erneuerbaren Heizungsmodellen zu sensibilisieren. Die Gemeinde hat aufgrund der Feuerungskontrolle vom Alter der Heizungen in der Gemeinde Kenntnis.</p> <p>Es wird zudem auf den Gegenvorschlag zur Solar-Initiative verwiesen, welcher neu für bestehende Bauten eine Meldepflicht mit Nachweis über die Eignung von Solaranlagen vorsieht. Diese Meldungen werden über das Bauinspektorat (BIK) laufen, doch es ist noch zu klären, wie der verwaltungsinterne Informationsfluss danach funktioniert. Aber über diese Meldepflicht wird die Abteilung Umwelt zukünftig erfahren, wo grössere Dachsanierungen anstehen. Generell ist die Bevölkerung beim Thema Photovoltaik weniger auf die neutrale Beratung durch die Gemeinde angewiesen. Der Heizungsersatz ist hier definitiv mehr betroffen.</p> <p>Auf die Frage, ob auch Unternehmen für die Ausführung von Arbeiten empfohlen werden, wird daraufgelegt, dass dies nur sehr zurückhaltend geschehe, da dies sehr heikel sei. Zwar verfüge man über</p>

eine Liste mit Unternehmen, doch die Gemeinde ist hier zu Neutralität (Gleichbehandlung) verpflichtet.

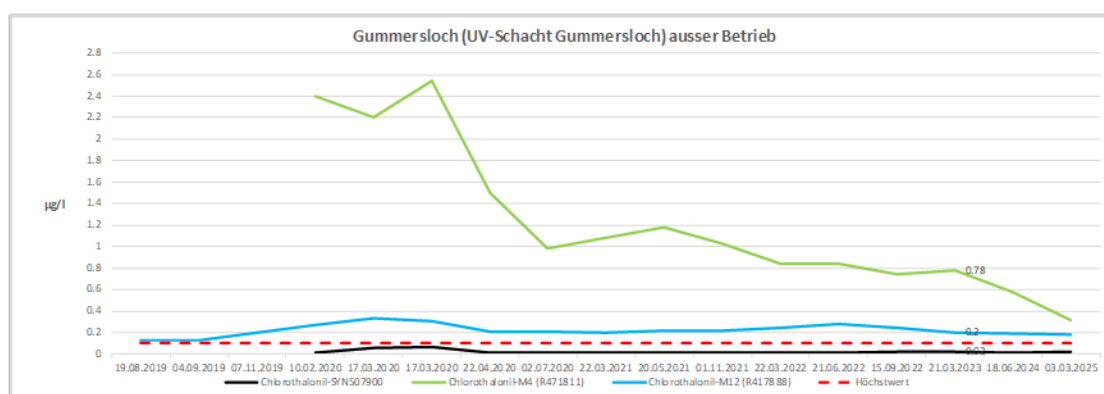
## Schwerpunktthema 2

### Wasserqualität

Die Grenzwerte durch Chlorothalonil-Abbauprodukte wurden am 03.03.2025 um bis zu 0.54 Mikrogramm pro Liter ( $\mu\text{g/l}$ ) überschritten. Der Grenzwert liegt bei 0.1 Mikrogramm pro Liter ( $\mu\text{g/l}$ ). Quelle: (köniz, WV Qualitätsüberwachung). In der Gemeinde Köniz wird an vier Orten Wasser gefasst. Dabei sind die Wasserefassungen im Aare- und im Sensetal, mit welchen rund 90% der Bevölkerung mit Wasser versorgt werden, unkritisch und nicht belastet.

Die Quelle Gummersloch und die Margelquelle sind mit Chlorothalonil-Abbauprodukten belastet. Auslöser für die Chlorothalonil-Belastung ist die Intensivlandwirtschaft. Die Gummersloch-Deponie oder die Brandsimulationsanlage oberhalb der Margelquelle haben keinen Einfluss auf die Chlorothalonilwerte. Chlorothalonil wurde 2019 als potentiell krebserregend eingestuft und die Ausbringung der Pestizide anfangs 2020 verboten. Der Kanton empfiehlt in einem solchen Fall verschiedene Massnahmen, welche in Köniz alle umgesetzt werden. Die Quelle Gummersloch wies 2020 eine rund 25fache Überschreitung des Grenzwerts auf und wurde in der Folge vom Netz genommen. Heute ist der Wert nur noch knapp 6fach überschritten. Das Chlorothalonil-Verbot zeigt also Wirkung und die Werte sinken. Das Wasser der Margel-Quelle wird mit unbelastetem Wasser aus der Grundwasserfassung Selhofen-Zopfen gemischt. Diese Massnahmen zeigen Wirkung. Die Werte haben sich im Schnitt um 0.5 Mikrogramm pro Liter ( $\mu\text{g/l}$ ) bei den belasteten Standorten verbessert (s. Grafik unten). Die Bevölkerung wurde jederzeit proaktiv über die Situation informiert.

Quelle: (köniz, WV Qualitätsüberwachung)



Bezüglich der Margelquelle wird informiert, dass durch die Löschübungen der vergangenen Jahrzehnte erhöhte PFAS-Werte (sogenannte Ewigkeitschemikalien) gefunden wurden, die Trinkwassergrenzwerte sind aber eingehalten. Die technischen Untersuchungen werden demnächst gestartet und es wird sich zeigen, wie umfangreich diese Altlasten saniert werden müssen. Die dortige Brandsimulationsanlage wurde bereits ausser Betrieb genommen. Der Bund wird sich zu 40% an den Altlastensanierungskosten beteiligen müssen.

Fazit: Das Wasser, welches in die Wasserversorgung eingespeist wird, ist trinkbar und für die Bevölkerung nicht gesundheitsgefährdend. Es wird auf das Trinkwasserproblem im Seeland verwiesen, wo eine 50- bis 100fache Überschreitung verzeichnet wird. Wie dies dort gelöst wird (Aktiv-Kohlefilteranlage), soll demnächst angeschaut werden, auch wenn für dieses System in Köniz wohl kaum Bedarf besteht.

### Betrieb und Unterhalt (Erfolgsrechnung)

Der Unterhaltsrückstau konnte auch im 2024 aufgrund des zu geringen Personalbestands nicht abgebaut werden. Die überdurchschnittlich vielen hausinternen Leitungsdefekte sind aber nicht auf den Unterhaltsrückstau zurückzuführen (Bei Leitungsdefekten kann man nicht genau sagen, was die Ursache ist). Auch im 2025 bleibt der Unterhaltsrückstau bestehen. Die Abteilung verfügt noch nicht über die nötigen eingearbeiteten Fachleute. Bezüglich des Personalbestands wird aber erläutert,

dass man auf gutem Weg sei. Der Gemeinderat hat drei zusätzliche Stellen bewilligt. Mit der Stellenschaffung zwei weiterer Rohrnetzmonteure und eines neuen Projektleiters wurden gute Voraussetzungen geschaffen, damit die nötigen Fachleute rekrutiert werden können.

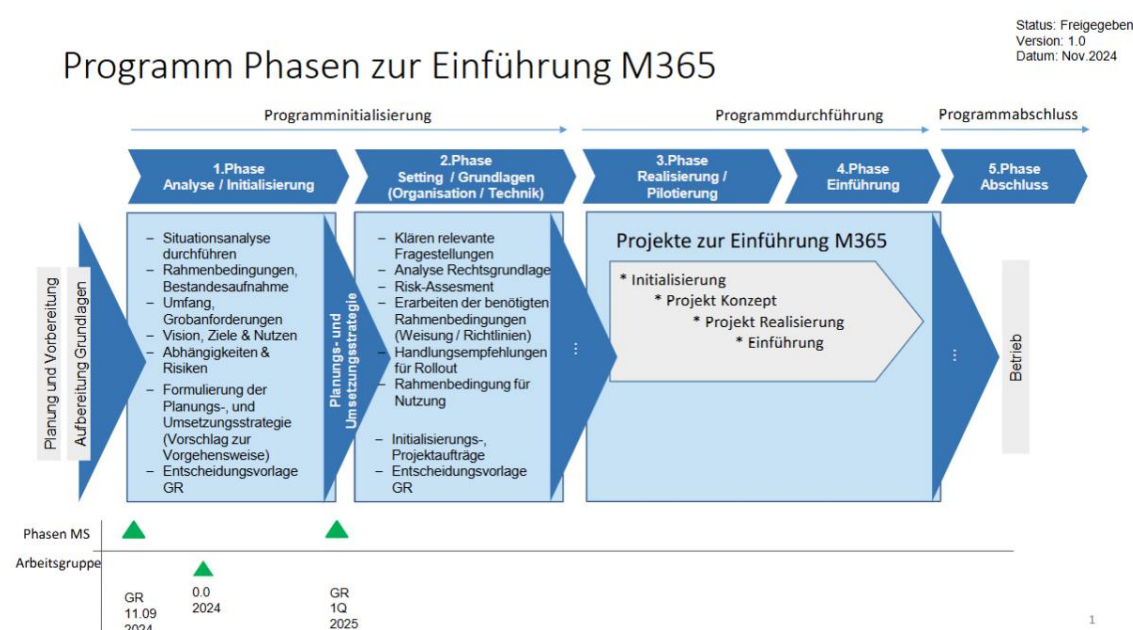
Als weiterer positiver Aspekt wird erwähnt, dass der Ruf der Gemeindebetriebe als Arbeitgeberin sich wieder massiv verbessert habe und man wieder vielversprechende Bewerbungen erhält. Im nächsten Jahresbericht werde daher voraussichtlich berichtet werden können, dass die Stellen alle besetzt sind.

Bereits heute werden in Erwartung dieser zusätzlichen Ressourcen Projekte geplant. Erwähnt wird dabei der Ersatz der Pumpen im Pumpwerk. Diese werden rund alle 20 Jahre fällig, nun sei man bereits 10 Jahre im Rückstand. Derzeit habe man mit den Pumpen aber noch keine grösseren Probleme. Ist dieser Ersatz abgeschlossen, gebe es noch genügend weitere Pendenzen, um die zusätzlichen Ressourcen auch weiterhin auszulasten (z.B. Hydranten- und Schieberkontrollen).

Die Auswechslung der Wasserzähler hat in kleinerem Umfang (Test/Pilotphase mit 260 Stück) stattgefunden und die Auswertungen sind am Laufen. Der Austausch habe aber in einer ersten Runde mit den üblichen Fehlerquellen funktioniert. Die Prozesskette konnte durchgehend getestet werden und die Prozesse und Datenbanken funktionieren. Der Abteilungsleiter zeigt sich optimistisch, dass dies gut kommt.

### Schwerpunktthema 3

#### Übersicht 2024 und Ausblick 2025



Grafik IZ: Übersicht der Arbeiten zu Einführung M365

Der Gemeinderat hat in einem Grundsatzentscheid beschlossen, dass die Gemeindeverwaltung stufenweise auf die Nutzung von Microsoft 365 mit cloud-basierter Produktivitätsplattform umsteigt und beauftragte die Abteilung Informatikzentrum damit, dem Gemeinderat eine Planungs- und Umsetzungsstrategie zur Einführung von M365 vorzulegen (GRB 2024/461). M365 ist in der Verwaltung aktuell also noch nicht eingeführt. Die Verantwortung für die Einführung von M365 bei den Schulen lag bei der Bildungsdirektion des Kantons Bern.

Die Gemeindeverwaltung hat die "Cloud-Grundsätze" zur Datensicherheit, zum Datenschutz (insbesondere gemäss DSG und kantonalen Vorgaben), zur Rechtskonformität sowie zur Souveränität über die Daten festgelegt. Diese Grundsätze sind im übergeordneten strategischen Dokument "IT-Strategie" festgehalten und werden durch eine IT-Richtlinie "Cloud-Policy-Dokument" Regelwerk zur Nutzung von Cloud-Diensten konkretisiert (in Arbeit). In der Informatik-Strategie der Gemeinde Köniz ist das strategische Feld «Innovation und Digitalisierung» festgelegt, um die digitale Transformation der Gemeindeverwaltung zu unterstützen. Dies beinhaltet die Förderung neuer IT-Technologien wie automatisierte Wissensarbeit, das Internet der Dinge und Cloud-Technologien.

Die Cloud-Thematik ist nicht neu und Weisungen dazu sind bereits vorhanden. Diese müssen nun aber überprüft werden, ob sie alles abdecken und aktuell sind. Derzeit gehe es sinnbildlich um ein "Mise en place", also darum sich entsprechend für die Einführung von M365 aufzustellen. Ein wichtiges Thema ist dabei die Datenklassifizierung und wenn diese gelöst ist, entspannt sich auch die Frage zur Cloud. Insbesondere die besonders schützenswerten Personendaten müssen sorgfältig angeschaut und sollen nicht oder nur verschlüsselt in der Cloud abgelegt werden.

Punktuell wurden bereits Arbeiten erledigt: So wurde eine Cybersecurity-Weisung erstellt, in welcher auch die Risikoerkennung und Beurteilung zur Cloud enthalten ist.

Zu den Bedenken, dass es sich bei M365 um ein amerikanisches Produkt handelt, wird dargelegt, dass kaum Alternativen vorhanden sind.

Für die Mitarbeitenden wird sich die Nutzung der IT bei Einführung von M365 nicht stark verändern. Für die Anwender:innen liegt der Hauptunterschied in der neuen Art des Arbeitens: Sie können orts- und geräteunabhängig auf ihre Daten zugreifen, gemeinsam in Echtzeit an Dokumenten arbeiten und moderne Tools wie Microsoft Teams für Kommunikation und Zusammenarbeit nutzen. Anstelle lokaler Softwareinstallationen steht ihnen stets die aktuelle Version der Office-Anwendungen im Browser oder als App zur Verfügung.

Neu ist insbesondere die Nutzung der Cloud sowie einige weitere Funktionen, die gezielt eingeführt und erläutert werden müssen. Um den Einstieg nicht zu überfrachten, wird beispielsweise das Thema Telefonie in der ersten Phase noch ausgeklammert.

Bezüglich des Datenmanagements wird nicht nur die Klassifizierung der Daten als Herausforderung angesehen, sondern auch die Schulung der Angestellten. So müssen verständliche Regeln aufgestellt werden, um die Anwendung für die Mitarbeitenden möglichst einfach zu gestalten. So kann gewährleistet werden, dass diese die Regeln auch korrekt anwenden. Im Weiteren gibt es sicherlich auch Möglichkeiten, das Ganze technisch so zu konfigurieren, damit Fehler gar nicht erst gemacht werden können (Privacy by Design).

Es wird zu bedenken gegeben, dass eine Datenmanagementstelle über die ganze Verwaltung fehlt. Aus Sicht der DUB müsste verwaltungsübergreifend analysiert werden, welche Daten überhaupt vorhanden sind und wie diese zu klassifizieren sind. Dabei handelt es sich um eine sehr umfangreiche Thematik, welche nicht alleine durch das Informatikzentrum Köniz gelöst werden kann. Es wird eingeräumt, dass durch verschiedene Anwendungen wie z.B. KLIBnet (Soziale Dienste) die Klassifizierung und der datenschutzkonforme Umgang mit den Daten bereits sichergestellt ist.

#### Weiteres Thema

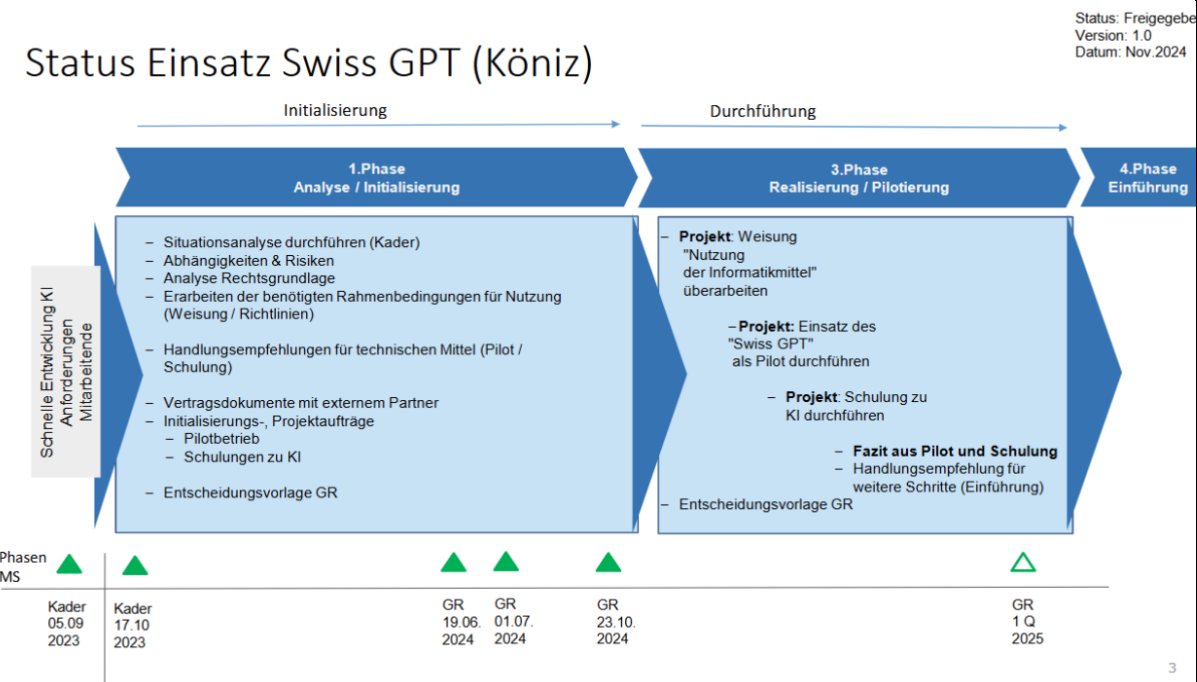
##### Vorstellung einer gut gelösten Herausforderung durch die Direktion

Der Einsatz von KI-gestützten Sprachmodellen (KI-/LLM-Diensten) wie ChatGPT birgt für die Gemeindeverwaltung ein erhebliches Spannungsfeld zwischen Effizienzgewinn und regulatorischen sowie ethischen Anforderungen. Einerseits ermöglichen solche Dienste eine beschleunigte Informationsverarbeitung, Unterstützung bei Textarbeiten sowie eine niedrigschwellige Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern. Andererseits stellen sich grundlegende Herausforderungen im Bereich Datenschutz (z. B. DSGVO-konforme Nutzung), Informationssicherheit (z. B. Schutz vertraulicher Daten), Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse (z. B. Black-Box-Problematik) und rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. urheberrechtliche Fragestellungen, Verantwortung bei fehlerhaften Aussagen). Zusätzlich fehlt es oft an internen Kompetenzen zur Bewertung und Steuerung solcher Technologien, was eine gezielte, kontrollierte und verantwortungsvolle Einführung erschwert.

In den letzten Jahren wurde festgestellt, dass ChatGPT unter den Mitarbeitenden Anwendung findet, was aber datenschutztechnisch zu Problemen führen kann. Grundsätzlich stand man vor der Wahl, die Nutzung zu verbieten oder diese Errungenschaft produktiv zu nutzen und dabei die Informationssicherheit und den Datenschutz sicherzustellen. Die DUB hat diese Herausforderung angenommen und eine Pilotphase mit dem Programm SwissGPT des Schweizer Anbieters AlpineAI lanciert. In der Gemeinde Köniz nutzen derzeit 80 Mitarbeiter:innen das Programm. Mit SwissGPT werden sämtliche Informationen in eigenen Schweizer Rechenzentren oder direkt bei den Kund:innen verwaltet. Die Einhaltung der Schweizer Datenschutzgesetzgebung wird garantiert. Das Pilotprojekt läuft bald aus und dann erfolgt die Auswertung. Wird SwissGPT verwaltungsübergreifend eingeführt, dann wird das

Könizer Parlament voraussichtlich über einen entsprechenden Kredit entscheiden müssen. Es wird erwähnt, dass sich kürzlich auch die Bundesverwaltung für ein Pilotprojekt mit SwissGPT entschieden habe.

Bezüglich der Nutzung von KI in der Arbeit wird festgehalten, dass diese als Hilfsmittel sehr nützlich sei, es aber nach wie vor fachspezifische Kenntnisse braucht und die generierten Texte auf ihre Richtigkeit überprüft werden müssen. Ein mit KI erstelltes Dokument kann als kreative Grundlage angesehen werden, welches dann noch ausgebaut werden kann.



Grafik IZ: Übersicht der Arbeiten zu Einsatz Pilot SwissGPT

Fazit: Die ganze KI-Thematik wurde proaktiv angegangen und wird in den kommenden Jahren noch viel beschäftigen. Das Tool ist vorhanden und soll über die ganze Verwaltung genutzt werden können, damit die Mitarbeitenden den Umgang damit lernen und die Arbeit effizienter gestalten können. Für die Umsetzung ist derzeit das Informatikzentrum in enger Zusammenarbeit mit der Stabsabteilung (Digi P) verantwortlich.

Querschnittsthemen

Klimaschutzreglement: Auswirkungen des Klimaschutzreglements und des zugehörigen Massnahmenpakets auf die Direktion

Inwiefern ist die Direktion vom Klimaschutzreglement und vom Massnahmenpaket betroffen?

Die Zuständigkeiten sind im Klima-Massnahmenpaket aufgeführt. Neben den Massnahmen mit Wirkung auf das Gemeindegebiet reduziert die DUB ihre eigenen THG-Emissionen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf Netto-Null bis 2035 gemäss Klimaschutzreglement. Die DUB ist für knapp 20% der direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen der gesamten Gemeindeverwaltung verantwortlich, v.a. von der Flotte der Abfallentsorgung. Sie wird in den nächsten Jahren elektrifiziert und die direkten Emissionen damit auf nahezu Null gesenkt.

Bei folgenden Massnahmen mit Wirkung auf das Gemeindegebiet ist die DUB federführend (nicht abschliessend): Strategieentwicklung und Massnahmenplanung, Räumliche Energieplanung, Ausbau Fernwärme (interne und externe Koordination), Energievorschriften, Information und Kommunikation, Monitoring und Controlling, Energiestadt GOLD, SF Klimaschutz, Klima- und Energieausschuss, Kreislaufwirtschaft, Klimaaktiv

In Bezug auf die Umsetzung der einzelnen Klimaschutzmassnahmen ist die DUB jedoch aufgrund ihrer Zuständigkeit bei nur wenigen Themen direkt involviert. Von der Notwendigkeit der Umsetzung der Klimaschutzmassnahmen ist die Abteilung Immobilien wohl am stärksten betroffen, gefolgt von



der Abteilung Verkehr und Unterhalt. Die Einflussnahme durch die Abteilung Umwelt in den anderen Direktionen ist nur bedingt möglich.

Innerhalb der DUB wurde der Ersatz der Flotte der Abfallentsorgung durch Elektrofahrzeuge bereits aufgegleist. Dies auch mit Hilfe der Roadmap Elektromobilität.

Es wird festgehalten, dass das Verantwortungsbewusstsein in den anderen Direktionen in den vergangenen zwei Jahren zugenommen hat, die Klimaschutzmassnahmen berücksichtigt werden und sich generell etwas tut. Auch wurden die Zuständigkeiten geregelt und es existiert ein Energieausschuss. Dort wo die Gemeinde baut, werden die Klimaschutzmassnahmen umgesetzt. Es können gute Fortschritte verzeichnet werden.

*Wo liegen diesbezüglich die besonderen Herausforderungen und Hindernisse für die Direktion?*

Die DUB identifiziert u.a. folgende Herausforderungen:

- Gemeinden mit ambitionierten Klimazielen werden von übergeordneten Gesetzen "ausgebremst" (z.B. bei den Gebäuden, beim Verkehr, beim Konsum).
- Der direkte Einfluss der Gemeinde ist in vielen Bereichen in Bezug auf den Klimaschutz begrenzt (z.B: Kreislaufwirtschaft, Konsum, Ernährung, Mobilitätsverhalten, Landwirtschaft, Flugverkehr etc.).
- Die Gemeinde hat keinen eigenen Energieversorger mit direktem Einfluss. Partnerschaftliche Kooperationen im Sinne des Netto-Null-Ziels sind zwar ebenfalls zielführend aber anspruchsvoll.
- Die Ressourcen innerhalb der ganzen Gemeindeverwaltung sind knapp, um die zusätzliche Aufgabe des Klimaschutzes zu bewältigen.

*Welche Massnahmen konnten bereits geplant oder umgesetzt werden?*

In der Zuständigkeit der DUB liegen folgende Massnahmen:

- Planung diverser Wärmeverbünde mit unseren Partnern
- Revision Energieversorgungsreglement und Zusammenarbeitsvertrag mit ewb
- Diverse Informationsanlässe und Workshops zum Thema Heizungsersatz, Fernwärme, Photovoltaik
- Start Spezialfinanzierung Klimaschutz
- Verankerung Nachhaltige Beschaffung
- Zur Zukunft des Gasnetzes bzw. dessen Rückbau finden intensive Diskussionen mit ewb statt

*Entsteht dadurch finanzieller Mehr- oder Minderaufwand?*

Die Massnahmen werden im Rahmen der ordentlichen Verwaltungstätigkeiten und im Rahmen des gewährten Budgets umgesetzt. Dadurch ergeben sich bei der DUB aktuell weder Mehr- noch Minderaufwände. Über die gesamte Gemeindeverwaltung gesehen führen Klimaschutzmassnahmen (Reduktion der THG-Emissionen und Anpassungsmassnahmen) zu einem Mehraufwand, der mit den bestehenden personellen Ressourcen oft nicht genügend abgedeckt werden kann.

Die Frage bezüglich finanziellem Mehr- oder Minderaufwand ist eine Frage der Abrechnungsperiode, welche man heranzieht. Wird über 40 Jahre abgerechnet, so entsteht ein Minderaufwand. Dies wird anhand von Gebäudesanierungsmassnahmen veranschaulicht: Zum Zeitpunkt der Gebäudesanierung entstehen hohe Kosten. Durch die Einsparungen im Bereich der Unterhalts- und Betriebskosten können diese jedoch über die folgenden Jahre amortisiert werden. In Köniz ist man derzeit in vielen Bereichen im Bereich der Erstanschaffung, was hohe Kosten verursacht. Dies wird sich durch die niedrigeren Unterhalts- und Betriebskosten in den kommenden Jahren aber wieder relativieren.

Im Bereich der Fahrzeugflotte der Gemeinde gibt es gewisse Einschränkungen bei Spezialfahrzeugen. So ist es zum Beispiel derzeit noch schwierig, beim Tanklöschfahrzeug auf ein Elektrofahrzeug zu wechseln, auch wenn es bereits erste Prototypen hierzu gibt. Wie in solchen Fällen vorgegangen werden soll, ist in der Roadmap Elektromobilität beschrieben.

Zu den Kosten bei den Elektroautos wird erwähnt, dass der Unterhalt für den Spezialaufbau (Bsp. Kehrriechwagen) gegenüber einem Fahrzeug mit Dieselmotor genau gleich ist. Aber der Elektroantrieb ist im Betrieb günstiger als ein Dieselantrieb, deshalb sind die Betriebs- und Unterhaltskosten für ein Fahrzeug mit Elektroantrieb in der Summe trotzdem tiefer. Ausserdem ist der Elektromotor bei den Kehrriechfahrzeugen auch besser für den "Stop and Go"-Betrieb geschaffen.



In den kommenden Jahren wird sich die Gemeinde noch intensiv mit dem Thema "Kreislaufwirtschaft" beschäftigen müssen. Der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck soll dadurch vermindert werden, indem man die Ressourcen im Kreislauf behält.

### **Fachstelle KOP**

*Inwiefern kann die FS KOP die Arbeit der Direktion unterstützen? In welcher Form wird eine Unterstützung durch die FS KOP gewünscht?*

Abteilung Gemeindebetriebe: Aus Sicht von Roland Beyeler wäre die KOP prädestiniert dazu, ein gemeinsames Projektvokabular für die gesamte Gemeindeverwaltung zu erarbeiten. Aus Sicht der Abteilung Gemeindebetriebe hat Projektmanagement viel mit gemeinsamem Verständnis und gemeinsamer Sprache zu tun. Die KOP sollte also ein Kompetenzzentrum für Projektmanagement sein. Dies sei aktuell nicht der Fall.

Abteilung Umwelt und Landschaft: Auch Daniel Gilgen sieht den Aufgabenschwerpunkt der KOP beim Projektmanagement (Struktur, Wording, Stakeholder Management). Er wünscht sich diesbezüglich einen Sparringpartner für grössere Projekte. Aus seiner Sicht besteht weniger Bedarf nach inhaltlicher Federführung, sondern vielmehr nach strategischer Führung. Auch wäre klar zu definieren, ab wann es die Fachstelle KOP braucht und ab wann nicht mehr. Die KOP ist verantwortlich für die Koordination von Grossprojekten, dass alle Abteilungen in einem Projekt am gleichen Strang ziehen und für die Kommunikation nach aussen.

Er würde es begrüssen, wenn die Fachstelle KOP einmal jährlich zu einem Kurs einladen würde, an welchem die taktischen und technischen Vorgaben erläutert würden. Er vergleicht die Fachstelle KOP mit der Fachstelle Recht, welche ja auch keine Gesetze selber macht, sondern vielmehr Prüf- und Auskunftsstelle ist.

Informatikzentrum Köniz: Pascal Wenger hat zur KOP kaum Berührungspunkte. Der Bereich IT hat bereits eine Struktur und weiss, wie Projekte angegangen und umgesetzt werden. Die Projekte des Informatikzentrums orientieren sich am Hermes Standard und nicht am SIA-Phasenmodell. Doch auch er würde ein Vokabular/eine Übersetzungshilfe begrüssen.

### **Generelles: Schlusswort der Abteilungsleitenden und des Direktionsvorstehers**

Pascal Wenger: Das Arbeitsumfeld im IZ Köniz bleibt in den kommenden Jahren herausfordernd. Er zeigt sich aber zufrieden und ist überzeugt, dass es in seiner Abteilung derzeit gut läuft. Auch habe er genügend Personalressourcen.

Roland Beyeler: In der Abteilung Gemeindebetriebe ist derzeit das Changemanagement auf Ebene der Angestellten das Hauptthema. Seine Mitarbeiter:innen seien zuvor straff und streng durch Vorgaben geführt worden. Er pflege einen anderen Führungsstil. Seine Mitarbeitenden sollen vermehrt involviert sein und eigenverantwortlich handeln. Wenn dies erreicht sei, dann könne er darauf aufbauen.

Daniel Gilgen: Die Abteilung Umwelt und Landschaft ist im Moment gut aufgestellt. Eine Herausforderung stellt der Bereich der handwerklichen Personen dar, welche besonders intensiv beansprucht werden und wo es zu gesundheitlichen Ausfällen gekommen ist. Eine weitere Herausforderung sieht er aufgrund der anstehenden fünf Pensionierungen in Führungsfunktionen bis 2029. Dadurch werde es zu einem Generationenwechsel und zu entsprechenden Veränderungen kommen.

Hansueli Pestalozzi: In den vergangenen 7 ½ Jahren hat sich die personelle Stärkung in allen drei Abteilungen seiner Direktion durchgezogen. Die Abteilungen sind gut aufgestellt und der Direktionsvorsteher zeigt sich für die Zukunft optimistisch. Auch die Abteilung Gemeindebetriebe ist mit neuem Team auf gutem Weg. Hinsichtlich der anstehenden Pensionierungen in der AUL ist man daran, den Generationenwechsel aktiv anzugehen. Alles in allem ist die Direktion gut unterwegs und es können neue Projekte z.B. im Bereich Biodiversitätsförderung, KI, etc. aufgegleist, aber auch die Rückstände in Unterhalt und Erneuerung angegangen werden.

## Befund

Der Verwaltungsbesuch hat den beiden Referentinnen eindrücklich aufgeigt, dass die DUB die Herausforderungen und Chancen in ihren verschiedenen und elementaren Aufgabenbereichen aktiv angeht. Die Abteilungsleitenden zeigen sich zufrieden mit der aktuellen Situation in ihren Bereichen. Herausforderungen werden im Changemanagement (Gemeindebetriebe), der hohen Belastung handwerklicher Mitarbeitender und anstehenden Pensionierungen in Führungspositionen (Umwelt und Landschaft) gesehen. Das Informatikzentrum sieht sich als Querschnittsabteilung mit grossen Fragestellungen (Datenschutz, Implementierung neuer Software, Schulung) konfrontiert, ist aber gut aufgestellt. Der Direktionsvorsteher betont die personelle Stärkung der Direktion in den letzten Jahren, die gute Aufstellung der Abteilungen und den Optimismus für die Zukunft. Die Direktion ist gut unterwegs, um neue Projekte anzugehen und Rückstände im Unterhalt zu bearbeiten.

Die DUB ist zentral für die Umsetzung des *Klimaschutzreglements* und des zugehörigen Massnahmenpakets verantwortlich. Die grössten Herausforderungen und Hindernisse für die DUB liegen in externen Faktoren wie übergeordneten Gesetzen, begrenztem direktem Einfluss der Gemeinde in wichtigen Klimaschutzbereichen und der Abhängigkeit von Kooperationen mit externen Energieversorgern. Finanziell entstehen durch die Klimaschutzmassnahmen kurzfristig Mehraufwände, die sich langfristig durch tiefere Betriebs- und Unterhaltskosten amortisieren sollen. Bei Spezialfahrzeugen gibt es noch technologische Einschränkungen. Die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Fussabdrucks wird betont.

Die Abteilungsleitenden der DUB sehen in der *Fachstelle KOP* Potenzial für eine stärkere Unterstützung im Bereich Projektmanagement. Gewünscht wird primär ein Kompetenzzentrum für Projektmanagement, das ein gemeinsames Projektvokabular und Projektstrukturen für die gesamte Gemeindeverwaltung erarbeitet. Die Unterstützung soll – nebst der Koordination von definierten Grossprojekten - also eher strategischer Natur sein (Sparringpartner, Koordination, Stakeholdermanagement) als die inhaltliche Federführung, wie sie heute teils praktiziert wird.